

DISKURS
STREITSCHRIFTEN ZU GESCHICHTE
UND POLITIK DES SOZIALISMUS · HEFT 30



Neoliberalismus,
regulierter Kapitalismus,
Sozialismus

*Probleme und Perspektiven
linker Ökonomie und Politik*

Hrsg. von Dieter Janke
und Hans-Georg Draheim

DISKURS · STREITSCHRIFTEN ZU GESCHICHTE
UND POLITIK DES SOZIALISMUS · HEFT 30

Neoliberalismus,
regulierter Kapitalismus,
Sozialismus

Probleme und Perspektiven linker Ökonomie
und Politik

*Herausgegeben von
Hans-Georg Draheim und Dieter Janke*

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN
LEIPZIG 2008

ISBN 978-3-89819-295-5

© Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2008
Harkortstraße 10, D-04107 Leipzig
Telefon (0341) 9 60 85 31 · Fax (0341) 2 12 58 77
www.rosa-luxemburg-stiftung-sachsen.de
RosaLuxemburg-Stiftung.Sachsen@t-online.de

Umschlaggestaltung: Daniel Neuhaus unter Verwendung des Umschlags eines
Buches von J.R. Becher, Berlin 1951

Redaktion & Satz: Lutz Höll

Herstellung: GNN Verlag Sachsen GmbH, Badeweg 1, D-04435 Schkeuditz

Inhalt

Vorwort	5
<i>Karl Georg Zinn</i> : Keynes als Alternative(r)?	7
<i>Joachim Bischoff</i> : Krisen im Zeitalter der Bubble-Economy. The Age and the economies of global Turbulence	23
<i>Klaus Müller</i> : Geldpolitik und solidarische Ökonomie – einige grundsätzliche Bemerkungen	44
<i>Hans-Georg Draheim</i> : Zwischen Dogmatismus und Anpassung – zur Ökonomie und Politik der neuen Linken	77
Autorenverzeichnis	85

Vorwort

Noch weiß niemand, wie lange die derzeit grassierende Finanzkrise anhält und welche Folgen sie im Einzelnen weltweit auch realwirtschaftlich zeitigen wird. Unverkennbar ist allerdings bereits jetzt die mit ihr verbundene Verunsicherung hinsichtlich der Effizienz orthodoxer neoliberaler Konzepte. Die Auszehrung binnenwirtschaftlicher Kreisläufe und die weitestgehende Liberalisierung der globalen Finanzmärkte in den vergangenen Jahrzehnten bilden der Nährboden, auf dem sich die spekulativen Finanzblasen bilden, deren regelmäßiges Platzen mit erheblichen konjunkturellen und sozialen Konsequenzen verbunden ist. Inzwischen spricht man sogar von der »größten Finanzkrise der vergangenen Jahrzehnte«. Und es machen bereits Vergleiche mit der Jahrhundertdepression Ende der zwanziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts die Runde. Wenn inzwischen Zweifel an den »Selbsteilungskräften des Marktes« offenbar selbst einem solchen Protagonisten neoliberaler Wirtschafts- und Finanzkonzepte wie dem Chef der Deutschen Bank, Josef Ackermann, beschleichen und über seine Lippen kommen, so macht das deutlich, wie tief das Selbstverständnis selbst in jenen Kreisen angeschlagen ist.

Im September 2007, als sich die Teilnehmer des nunmehr dritten Workshops der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen zur Diskussion linksalternativer Wirtschaftsanalysen und -konzepte in Leipzig trafen, waren von jenen Erschütterungen indes bestenfalls erste Anzeichen zu vernehmen. Gleichwohl sollen die hier vertretenen und diskutierten Positionen zu zentralen Problemen des gegenwärtigen Finanzmarktkapitalismus, wie sie in dem vorliegenden Band zusammengefasst wurden, Einblicke in deren tiefer liegenden Hintergründe und Ansätze für alternative Politikkonzepte liefern.

Die Herausgeber

KARL GEORG ZINN

Keynes als Alternative(r)?

Denn unser ökonomisches System gestattet uns tatsächlich nicht, den höchsten Stand ökonomischer Wohlfahrt zu erreichen, der durch den Fortschritt unserer Technik ermöglicht wird, sondern bleibt weit dahinter zurück und läßt in uns das Empfinden aufkommen, daß wir den Ertrag besser hätten verwenden können.

John M. Keynes 1933

Weder links noch rechts – oder sowohl als auch:
Keynes war ein Anti-Dogmatiker par excellence

Das Thema wirft die Frage auf, inwiefern Keynes bzw. die Keynesische Theorie als Alternative zu welcher anderen wirtschaftspolitischen und theoretischen Position zu verstehen ist. Vom Rahmenthema der Tagung her liegt es auf der Hand, dass es um eine Alternative zum (Neo-)Liberalismus geht. Doch Keynes kann auch als Alternative zur Marxschen Kapitalismusanalyse gelten, und in diesem Sinn wurde der Keynesianismus zumindest in der Vergangenheit von marxistischen Positionen aus auch heftig kritisiert. Der Hauptvorwurf lief darauf hinaus, dass Keynesische Beschäftigungspolitik die Krise des Kapitalismus in einem Maße abschwächte, dass der Zusammenbruch des Systems wenn nicht abgewehrt, so doch erheblich verzögert würde. Immerhin steckte in dieser Kritik das Zugeständnis an Keynes, dass seine therapeutischen Mittel für den angeblich todkranken Kapitalismus wirken. Seinerseits nahm Keynes gegenüber dem Marxismus kein Blatt vor den Mund. Seine negative Einschätzung des Marxismus mag auch auf Vorurteil begründet gewesen sein, denn er hat sich nie zu einer eingehenden Marx-Lektüre verstanden, aber Keynes' Marx-Aversion sollte nicht als eine prinzipiell antisozialistische Haltung missdeutet werden, wie noch näher begründet wird. Die linke Kritik an Keynes als Arzt am Bett des kranken Kapitalismus ist heute kaum noch relevant. Umso heftiger wird der Keynesianismus von rechts, d. h. von wirtschaftsliberalistischen Positionen aus be-

kämpft, und dem originären Keynesianismus wird vorgeworfen, auf dem Weg massiven Staatsinterventionismus' dem Sozialismus das Einfallstor zu öffnen, ja für manche Keynes-Kritiker gehört Keynes ohnehin ins sozialistische Lager. Jedenfalls richtete sich die neoliberalistische Gegenrevolution, die an der Universität Chicago seit den 1950er Jahren von Milton Friedman vorbereitet wurde und deren ideelle Fundierung Friedrich A. von Hayek und »seine« Mont Pèlerin Society lieferten¹ gegen Keynes und die »gemischte Wirtschaftsordnung« (mixed economy) – und nicht gegen irgendwelche marxistischen Schulen². Mit Berufung auf die klassischen Ökonomen meinte L. Albert Hahn, einer der zentralen Autoren des frühen Neoliberalismus, Keynes nicht nur vorwerfen zu dürfen, er folge illusionären Ideen, sondern Keynes' Ideen seien insgesamt eine »Wirtschaftstheorie der Illusion« (»economics of illusion«)³. Immer wieder wurde dem Keynesianismus bis heute vorgehalten, beschäftigungspolitisch allenfalls ein kurzes Strohfeuer zu entzünden, aber damit eine dauerhafte Inflationierung zu provozieren, an deren Ende der Zusammenbruch der Währung stünde. Es war Milton Friedman, der die »langfristige« Phillipskurve erfand, um mit dieser Fiktion die empirisch zweifelsfrei bestätigte Gegenläufigkeit von Inflation und Arbeitslosenquote zu attackieren. Dieser als Phillips-Kurve bekannte trade-off hatte den Bundeskanzler Helmut Schmidt zu der dann viel gescholtenen Äußerung bewogen, dass ihn 5 Prozent Inflation weniger schmerzten als 5 Prozent Arbeitslosigkeit. Eingedenk der historischen Inflationsschrecken des deutschen Volkes verfrängt der Inflationsvorwurf an die Adresse Keynes' in Deutschland stärker als in anderen Ländern. Er dient als Allzweckwaffe der wirtschaftsliberalistischen Anti-Interventionisten und wurde schon wäh-

1 Vgl. Bernhard Walpen: Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft. Eine hege-
monietheoretische Studie zur Mont Pèlerin Society. [= Schriften zur Geschichte
und Kritik der politischen Ökonomie, 1.] Hamburg 2004.

2 Vgl. Naomi Klein: Die Schock-Strategie. Der Aufstieg des Katastrophen-
Kapitalismus. Frankfurt a. M. 2007. S. 80ff.

3 L. Albert Hahn: The Economics of Illusion. In: Ders.: The Economics of
Illusion. A Critical Analysis of Contemporary Economic Theory and Policy. New
York 1947/1949. S. 166.

rend der Großen Depression der 1930er Jahre gegen staatliche Nachfragepolitik mobilisiert.⁴

Beim Thema »Keynes als Alternative(r)« kommt selbstverständlich zuerst die landläufig als »Keynesianismus« bekannte, vom Neoliberalismus vehement bekämpfte, antizyklische Defizitpolitik ins Bewusstsein. Doch dies ist eine bei weitem zu enge Sicht. Denn gerade für die gegenwärtige Entwicklungsphase des Kapitalismus haben jene Überlegungen Keynes' vorrangige Bedeutung, die im Kontext seiner Langfristprognose zu sinkenden Wachstumsraten und zum Übergang in eine Stagnation entwickelt wurden; Überlegungen, die auch heute noch wenig bekannt sind. Diese Analysen zur Langfristentwicklung des Kapitalismus finden sich zwar vorwiegend in Texten, die erst nach der »Allgemeinen Theorie«, also nach 1936, geschrieben wurden, aber was dort ausführlich dargestellt und auf der Grundlage der bereits ausgearbeiteten Theorie mit fundierten Argumenten vorgetragen wurde, findet sich in ersten Andeutungen und Spuren bereits sehr viel früher. Keynes als »Alternative« zum heutigen Mainstream vorzustellen, sollte sich daher nicht auf die Wiedergabe der einschlägigen Arbeiten des Keynes der »General Theory and after« beschränken. Ich werde deshalb im Folgenden auch auf die relativ frühe Kritik Keynes' am orthodoxen Wirtschaftsliberalismus eingehen und daran zu zeigen versuchen, dass Keynes in seiner Grundeinstellung, und zwar sowohl als Theoretiker als auch als »Moralphilosoph«, schon lange vor dem, was dann später die »Keynessche Revolution« genannt wurde, zu den »progressiven« Denkern der politischen Ökonomie gehörte.

Keynes' frühe Kritik an der Orthodoxie

Die neoliberale Keynes-Kritik ist so alt wie der Neoliberalismus.⁵ Seine Ursprünge sind auf den Anfang der 1930er Jahre zu datieren. Der Neoliberalismus entstand als Reaktion auf den katastrophalen Ansehensverlust des Wirtschaftsliberalismus infolge der Großen Depressi-

4 Vgl. Karl Georg Zinn: *Wie Reichtum Armut schafft. Verschwendung, Arbeitslosigkeit und Mangel*. Köln 2006. S. 205ff.

5 Vgl. L. Albert Hahn: *The Economics of Illusion*, als zusammenfassend und repräsentativ für die neoliberale Keynes-Kritik.

on.⁶ Die damaligen Keynes-Gegner haben die bis heute gegen Keynes geltend gemachten Einwände in wesentlichen Punkten bereits vorweggenommen. Die frühen Angriffe des orthodoxen Wirtschaftsliberalismus gegen Keynes konnten nicht überraschen, denn Keynes hatte sich bereits in den 1920er Jahren – vor dem weltwirtschaftlichen Zusammenbruch 1929 – äußerst kritisch gegen die wirtschaftsliberalen Politikkonzepte, d. h. gegen die Laissez-faire-Einstellung, gewandt. Unter anderem umriss Keynes in dem 1926 veröffentlichten Aufsatz »Das Ende des Laissez-faire« die Vulgarisierung des staatsphilosophischen Individualismus des 17. Jahrhunderts zur »Religion der Nationalökonomien!« des 19. Jahrhunderts⁷: »Das Dogma [der harmonischen Wirkung des Laissez-faire-Systems – K.G. Z.] hatte den Erziehungsapparat erobert; es war zu einer Fibelweisheit geworden.«⁸ Aus Keynes' Sicht glich das Laissez-faire-Dogma nur noch einem naiven Kinderglauben mit bösen sozialökonomischen Folgen:

»Diese Methode stellt die Kosten des Kampfes selbst nicht in Rechnung, sondern hat nur die Vorteile des Endresultats im Auge, die man für dauernde hält. Ihr zufolge besteht das Lebensziel darin, die obersten Blätter von den Zweigen abzugrasen, und der beste Weg dieses Ziel zu erreichen, ist der, wenn man zuläßt, daß die Giraffen mit den längsten Hälsen die Giraffen mit kürzeren Hälsen aushungern.«

Der quasi religiöse Glaube an die harmonische Heilswirkung des Laissez-faire ist Metaphysik – keine Wissenschaft. Wer, wie Keynes, dagegen argumentiert, dies auch noch im polemischen Tonfall zu tun wagt, gehört als Ketzer auf den Scheiterhaufen. Heute werden die Kritiker der heilig gehaltenen Orthodoxie in den demokratischen Staaten zwar nicht mehr verbrannt (in den von der Chicago-Schule Milton Friedmans betreuten lateinamerikanischen »Transformationsstaaten« bot sich ein ganz anderes Bild), aber ihre Lehre zu verketzern und ihnen den Weg auf einen Lehrstuhl fast unmöglich zu machen, ist

6 Vgl. Ralf Ptak: Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft. Stationen des Neoliberalismus in Deutschland. Opladen 2004, sowie Bernhard Walpen: Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft.

7 John Maynard Keynes: Das Ende des Laissez-faire. Ideen zur Verbindung von Privat- und Gemeinwirtschaft. In: Harald Mattfeldt (Hrsg.): Keynes. Kommentierte Werkauswahl. Hamburg 1985. S. 104.

8 Ebenda.

9 Ebenda. S. 106.

durchaus gang und gäbe.¹⁰ Keynes war sich bewusst, dass er sich mit seinem vor mehr als acht Jahrzehnten publizierten Text »in die Höhle des schlafenden Ungeheuers gewagt«¹¹ hatte. Jenes heute wieder sehr lebendige »Ungeheuer«, die orthodoxe Wirtschaftslehre des Kapitalismus, verübelt dem respektlosen Linksabweichler Keynes seine souveräne Kritik an der neoliberalen Metaphysik umso mehr, als ihm die Geschichte immer wieder Recht gegeben hat.

Es ist jedoch naiv zu meinen, der gegenwärtige »Erfolg« der neoliberalistischen Lehre verdanke sie auch nur vorwiegend ihrer wissenschaftlichen Überzeugungskraft oder gar empirischer Bestätigung ihrer Heilsversprechen. Ökonomische Theorien sind das Material, aus dem Ideologien gezimmert werden. Und Ideologien sind an Interessen gebundene Weltdeutungen. Wer über die Macht verfügt, und das heißt heute vor allem über die finanziellen Mittel, dominiert nicht nur die Massenmedien, sondern kanalisiert auch auf subtilere Weise das Denken und das Bewusstsein – nicht nur der breiten Öffentlichkeit, sondern auch weiter Teile der käuflichen Intelligenz. Die Funktion von Krisen, die von der orthodoxen Ökonomik schon immer als »Reinigungsprozesse« und »schöpferische Zerstörung« (J. A. Schumpeter) beschönigt wurden, bedarf einer revidierten Interpretation: die Krisen sind zwar zutreffend als zwangsläufige Folge der kapitalistischen Entwicklung zu erklären, aber die Krise bereitet nicht den Weg in den Zusammenbruch des Kapitalismus, sondern schafft die Voraussetzungen, um Volkswirtschaft, Gesellschaft und Staat in den neuen, privatkapitalistischen Feudalismus zu transformieren.¹² Die Keynesische Konzeption eines sozialpolitisch gezügelten Kapitalismus hat sich bewährt, und gerade gegen die daraus erwachsene historische Überzeugungskraft musste der Neoliberalismus – genauer: die hinter ihm stehenden Kapitalinteressen – alle legalen und illegalen Mittel einsetzen, um die nach dem Zweiten Weltkrieg vom Ost-West-Konflikt katalysierte wohlfahrtsstaatliche Entwicklungsrichtung abubrechen. Der Keynesianismus instrumentalisiert den Kapitalismus zugunsten sozialstaatlicher Verhältnisse, zugunsten der Vollbeschäftigung und ver-

10 Vgl. Arne Heise: Ende der neoklassischen Orthodoxie? Wieso ein methodischer Pluralismus gut täte. In: Wirtschaftsdienst. Juli 2007. S. 1–8.

11 John Maynard Keynes: Das Ende des Laissez-faire. S. 110.

12 Vgl. hierzu u. a. die materialreiche Darstellung von Naomi Klein: Die Schock-Strategie.

schaftt damit den arbeitenden Menschen und ihren Organisationen Verhandlungsstärke und Durchsetzungsmacht für ihre Belange. Eine ungebrochene Fortsetzung dieser Entwicklung hätte durchaus Voraussetzungen für eine allmähliche Ablösung des Kapitalismus durch eine nachkapitalistische Gesellschaftsformation schaffen können. Es konnte also gar nicht überraschen, dass der neue Kapitalismus der transnationalen Konzerne und der Finanzagenten jenem Prozess einer sukzessiven Überwindung kapitalistischer Verhältnisse durch keynesianisch inspirierte Sozialstaatlichkeit entgegentrat und dem Sozialstaat sowie dem Keynesianismus den Krieg erklärte.

Keynes' liberaler Sozialismus

Hier kann nicht ausführlicher auf den für das kritische Denken Keynes' so aufschlussreichen Text zum »Ende des Laissez-faire« eingegangen werden. Er signalisierte allerdings bereits die spätere Fundamentalkritik an der wirtschaftsliberalen Orthodoxie und ihrer wissenschaftlichen Unaufrichtigkeit beim Umgang mit den realen Produktionsverhältnissen. Die ideologische Meinung überlagert die wissenschaftliche Einsicht. Keynes bemerkte hierzu:

»Überdies sind viele von ihnen [den orthodoxen Nationalökonomern – K. G. Z.] auch wenn sie einsehen, daß ihre vereinfachte Hypothese den Tatsachen nicht genau entspricht, der Meinung, sie stelle jedenfalls den »natürlichen« und darum idealen Zustand dar. Sie betrachten die vereinfachte Hypothese als das Gesunde und die weiteren Komplikationen als Krankheitserscheinungen.«¹³

Wie erwähnt, kann Keynes nicht als Anti-Sozialist charakterisiert werden. Vielmehr zeigen seine Wertvorstellungen – etwa in Verteilungsfragen, in Bezug auf staatliche Beschäftigungssicherung, bezüglich der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben durch »halb-autonome Körperschaften im Rahmen des Staates, die in ihrem Wirkungskreis nur nach dem Kriterium des Allgemeinwohls handeln«¹⁴ – hohe Affinität zu sozialistischen Vorstellungen im weiten Sinn:

13 John Maynard Keynes: Das Ende des Laissez-faire. S. 107

14 Ebenda. S. 113

»Ich tadele den doktrinären Staatssozialismus nicht deshalb, weil er die altruistischen Triebe des Menschen in den Dienst der Gesellschaft stellen will, oder weil er sich von dem *laissez-faire* abwendet, oder weil er dem Menschen die Freiheit nimmt, eine Million zu verdienen, oder weil er den Mut zu kühnen Experimenten aufbringt. Alle diese Dinge kann ich nur gutheißen. Ich tadele ihn, weil er die Bedeutung der aktuellen Ereignisse verkennt, weil er in Wirklichkeit nicht viel mehr ist als das verstaubte Überbleibsel eines Plans, der auf die Lösung der Probleme vor fünfzig Jahren zugeschnitten war, und sich auf einem Missverständnis dessen aufbaut, was jemand vor hundert Jahren gesagt hatte.«¹⁵

Man mag das als Bekenntnis zu sozialistischen Wertvorstellungen interpretieren oder auch nur als die Position eines toleranten Sozialliberalen. In jedem Fall zeigt sich, dass Keynes schon in frühen Jahren, noch ehe er als DER Nationalökonom des 20. Jahrhunderts anerkannt wurde, von der orthodoxen Schule als gefährlicher Opponent wahrgenommen werden musste. Und daran hat sich bis heute nichts geändert, im Gegenteil bedeutet der Keynesianismus nach dem Ende des Ost-West-Konflikts die stärkste wirtschaftstheoretische und ideologische Bedrohung für die neoliberale Gegenreformation. Große (Wirtschafts-)Krisen zu verhindern, wofür die Keynesische Theorie sachgerechte Mittel bereitstellt, liegt nicht mehr im Interesse des heutigen Kapitalismus'. Die Krisen der vergangenen 20 bis 50 Jahre haben weltweit gezeigt, dass sie »notwendig« waren, um die Politik des Kapitals durchzusetzen: Globalisierung, Privatisierung, Deregulierung, Flexibilisierung sowie Militarisierung, Repression und Überwachung. Menschenrechte und Demokratie sind nicht nur gefährdet, sondern wurden im Interesse der globalen Strategie des Kapitals vielerorts außer Kraft gesetzt. Der Keynesianismus ist deshalb weit mehr als eine wirtschaftstheoretische Gegenposition zum Neoliberalismus. Er ist die demokratische Alternative zur folter- und schießwütigen Inquisition des gegenwärtigen Kapitalismus, zum praktizierten »Pinochetismus« der Kapitalstrategie der Gegenwart.

Es würde hier zu weit führen, auf Keynes durchaus differenzierte Beurteilung der Vorteile und der Fehler seiner sozialistischen Zeitgenossen einzugehen. Hier würde sich zeigen, dass Keynes' Urteilskraft,

15 Ebenda.

sein analytisches Gespür, seine prognostische Fähigkeit, die selbst gestellten Fallen und das Versagen dogmatisch verfestigter Positionen vorausschauend einschätzen zu können, sich auch im Fall des Marxismus-Leninismus bewährte. So wie sie sich gegenüber dem Wirtschaftsliberalismus bewährt(e) und wie sich Keynes' Verdammungsurteil über die nach dem Ersten Weltkrieg dem Deutschen Reich auferlegten Reparationslasten und seine Vorhersage zu deren verheerenden politischen Folgen als zutreffend erwiesen.

Das »Sozialistische« im Keyneschen Denken kann vor allem in seiner Aufwertung der wirtschaftspolitischen Staatstätigkeit, der sozial- und beschäftigungspolitisch regulierenden Intervention, gesehen werden. Auch die später ausgearbeitete »Allgemeine Theorie« schockiert(e) die Liberalisten vor allem wegen des Staatsinterventionismus', den Keynes bis zur »Sozialisierung« der Investitionstätigkeit vorantreiben wollte, wie er im Schlusskapitel der »Allgemeinen Theorie« ausführte.¹⁶ In der zitierten Schrift von 1926 formuliert Keynes seine auch später vertretene Grundposition wie folgt:

»Die wichtigsten *Agenda* des Staates betreffen nicht die Tätigkeiten, die bereits von Privatpersonen geleistet werden, sondern jene Funktionen, die über den Wirkungsbereich des Individuums hinausgehen, jene Entscheidungen, die *niemand* trifft, wenn der Staat sie nicht trifft. Nicht das ist wichtig für den Staat, daß er die gleichen Dinge etwas besser oder etwas schlechter ausführt, sondern daß er die Dinge tut, die heute überhaupt nicht getan werden.«¹⁷

Auch ein zweiter zentraler Grundgedanke des Keyneschen Systems findet sich bereits in den Ausführungen von 1926, nämlich die Frage, in welchem Umfang das Sparen volkswirtschaftlich sinnvoll ist und wie die Ersparnisse im Interesse der Gesellschaft verwandt werden sollten:

»Ich glaube, daß wir zu einer gemeinsamen vernünftigen Entscheidung kommen müssen über den Umfang, in dem das Sparen innerhalb einer Gemeinschaft erwünscht ist, und über den Umfang, in dem diese Ersparnisse im Ausland angelegt werden sollen; ferner darüber, ob die heutige Organisation des Anlagemarktes die Ersparnisse in der für die Nation produktivsten Art verteilt. Ich glaube, man sollte diese

16 Vgl. ebenda. S. 314ff.

17 Ebenda. S. 113.

Dinge nicht ganz und gar dem Zufall der privaten Entscheidung und des privaten Gewinns überlassen, wie es heutzutage der Fall ist.«¹⁸

Vollbeschäftigung muss hergestellt werden – der Marktautomatismus ist dafür ungeeignet

Auf eine Kurzformel gebracht lässt sich die beschäftigungspolitische Empfehlung Keynes' auf die Forderung bringen: Sorge für hinreichende Nachfrage durch makroökonomische Steuerung und überlasse die Allokation im Einzelnen den Marktprozessen!

Nicht der Mangel an Produktionsfähigkeit, an Unzulänglichkeiten der Angebotsseite verhindern Vollbeschäftigung, sondern hoch entwickelte, reife kapitalistischen Ökonomien leiden unter einer Diskrepanz zwischen Produktionspotential und auslastender Nachfrage. Für Keynes stand fest, dass dieses Problem einer »deflatorischen Lücke« nur durch staatliche Intervention gelöst werden kann.

Ich verzichte hier darauf, die Keynesische Theorie genauer darzulegen, zumal allgemein bekannt sein dürfte, dass es ihm um den Nachweis ging, dass mit steigendem Durchschnittseinkommen einerseits die Ersparnisse in der Regel sogar überproportional steigen, dass andererseits die freiwillige Investition die auf Vollbeschäftigungsniveau anfallende Ersparnis nicht mehr absorbiert. Als Folge kommt es zur Kontraktion und dem von Keynes als »Unterbeschäftigungsgleichgewicht« bezeichneten Dauerzustand. Nachfragpolitik ist also nicht nur als Kompensationsmaßnahme gegen konjunkturelle Schwankungen geboten, sondern – je nach Lage – ein ständiges Erfordernis, um Vollbeschäftigung zu gewährleisten. Soviel zum herkömmlichen, allgemein verbreiteten Verständnis des »Keynesianismus«.

Doch das Nachfrageproblem verändert im Laufe friedenswirtschaftlicher Entwicklung seine Dimension. Bereits 1928/1930¹⁹ äußert Keynes die zuversichtliche Erwartung, dass in drei Generationen, also

18 Ebenda. S. 114.

19 Vgl. John Maynard Keynes: Wirtschaftliche Möglichkeiten für unserer Enkelkinder. In: Norbert Reuter: Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität. Wirtschaftspolitische Leitbilder zwischen Gestern und Morgen, Mit Texten zum Thema in neuer Übersetzung von John Maynard Keynes und Wassily W. Leontief. 2. Aufl. Marburg 2007. S. 135–148.

von damals an gerechnet in etwa 90 Jahren (= 2020) der technische Fortschritt soweit voran gekommen sein werde, dass das alte Knappheitsproblem gelöst werden könnte. Wachstum leiste dann selbst bei relativ gleichmäßiger Einkommensverteilung kaum noch einen Beitrag zum gesellschaftlichen Wohlstand. Diese Überlegung, in der die spätere Stagnationsthese rudimentär aufscheint, wurde 1937²⁰ konkreter ausformuliert und mündete in der Langfristprognose von 1943²¹. Im Auftrag der englischen Regierung legte Keynes im Mai 1943 ein Resümee seiner Gedanken zur langfristigen Entwicklung nach Kriegsende vor. Er sah drei Phasen:

Die Wiederaufbauphase, in der hoher Investitions- und Konsumbedarf inflationäre Anspannung brächten, aber auch Wachstum und Beschäftigung expandierten.

Die zweite Phase, in der der Nachholbedarf gedeckt wäre und inflationäre Kräfte kein größeres Problem mehr darstellten, zugleich aber noch Vollbeschäftigung herrschte, wobei konjunkturelle Schwankungen mit Hilfe antizyklischer Politik ausgeglichen werden könnten.

Die dritte Phase brächte jedoch ein anhaltend niedriges Wachstum, das nicht mehr ausreichte, um Vollbeschäftigung zu gewährleisten. Keynes' Stagnationsprognose wurde wenige Jahre später, 1949, von Jean Fourastié ohne Rückgriff auf die Keynesschen Vorgaben quasi wiederholt.²² In der Stagnationsbegründung stimmen die beiden Autoren weitgehend überein. Ursache für die Wachstumsreduktion wäre die nachlassende Konsumdynamik und die ihr folgende Einschränkung der Erweiterungsinvestitionen. Keynes hielt es sogar für möglich, dass der Investitionsbedarf ausschließlich aus den Abschreibungen gedeckt würde. Es versteht sich, dass Ersatzinvestitionen auf technologisch fortgeschrittenem Niveau stattfinden, so dass es beim technischen Fortschritt, d. h. weiteren Produktivitätssteigerungen bliebe. Für diese dritte Phase des Übergangs zur Stagnation sah Keynes neben temporär wachstumswirksamen Maßnahmen zur gleichmäßi-

²⁰ John Maynard Keynes: Einige wirtschaftliche Folgen abnehmender Bevölkerung. In: Norbert Reuter: Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität. S. 149–158.

²¹ John Maynard Keynes: Das Langzeitproblem der Vollbeschäftigung. In: Norbert Reuter: Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität. S.159–164.

²² Jean Fourastié: Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts. Köln-Deutz 1954.

gen Einkommens- bzw. Kaufkraftverteilung und zur Ausweitung der öffentlichen Leistungen als die einzige auf Dauer wirksame, aber auch unter Wohlstandsgesichtspunkten sinnvolle beschäftigungspolitische Strategie die Verkürzung der Arbeitszeit. Keynes Skepsis über die anhaltende Wohlstandswirkung des Einkommenswachstums wurde lange nach seinem Tod durch das Easterlin-Paradoxon und die daran anschließenden Untersuchungen bestätigt.²⁵ Sie weisen empirisch nach, dass die positive Korrelation zwischen Einkommenswachstum und subjektiver Zufriedenheit (Glückswahrnehmung) zwar beim Aufstieg aus der Armut bis auf einen komfortablen Lebensstand voll und ganz den plausiblen Erwartungen entspricht, aber bei weiteren Einkommenserhöhungen kaum noch Verbesserungen der subjektiv empfundenen Lebensqualität festzustellen sind.

Es ist offenkundig, dass Keynes zwar nachfragepolitisch gefördertes Wachstum befürwortete, aber die wesentliche Einschränkung machte, dass dies nur solange Sinn hätte, als damit noch merkliche Wohlstandssteigerungen zu erreichen sind. Auf längere Sicht hielt er hingegen die Stagnation für unausweichlich und damit auch eine Umorientierung weg vom Wachstum hin zu kürzeren Arbeitszeiten. Dass es sich um Alternativen zu den gegenwärtig vorherrschenden Auffassungen in Wirtschaftspolitik und Wirtschaftswissenschaft handelt, bedarf keiner weiteren Erläuterung. Die Keynesische Langfristprognose widerlegt aber auch die ökologischen Keynes-Kritiker, die ihm aus Unkenntnis seines Gesamtwerkes vorwerfen, keynesianische Beschäftigungspolitik laufe auch nur auf Wachstumsfetischismus hinaus. Das Gegenteil trifft zu. Keynes' Erklärung der endogenen, d. h. aus dem langfristigen Wachstum selbst heraus entstehenden Wachstumsabschwächung lässt sich bruchlos mit dem ökologischen Nachhaltigkeitspostulat vereinbaren. Mehr noch, endogen entstehende Stagnation spielt der als »Suffizienz« bezeichneten, spezifischen Nachhaltigkeits-

25 Vgl. Richard Easterlin: Does Economic Growth Improve the Human Lot? Some Empirical Evidence. In: P. David / M. Reder (Hrsg.): Nations and Households in Economic Growth: Essays in Honour of Moses Abramovitz. New York / London 1974. S. 98–125; Rafael Di Tella / Robert MacCulloch: Some Uses of Happiness Data in Economics. In: Journal of Economic Perspectives. Bd. 20-1. Winter 2006. S. 25–46; Petra Böhnke: Policy or Privacy – What Matters Most for Individual Well-Being? Determinants of life satisfaction in the enlarged Europe. Wissenschaftszentrum Berlin, discussion papers. SP I 2007-203. Mai 2007.

konzeption eines »Genug« zu, die sowohl als »technische« Lösung für das gegenwärtige, globale Verteilungsproblem²⁴ als auch als moralphilosophisches Postulat im Sinne der Verantwortung für die kommenden Generationen²⁵ zu sehen ist.

Es stellt sich jedoch die Frage, ob Keynes' Langfristprognose die Situation von heute überhaupt noch zutreffend abbildet. Zutreffend war/ist seine Vorhersage sinkender Wachstumsraten und der damit einher gehenden Massenarbeitslosigkeit, sofern eben nicht sachgerechte Gegenmaßnahmen erfolgen. Sachgerecht im Sinne Keynes' wäre das rechtzeitige Umsteuern auf Nachfragepolitik gewesen, also seit Beginn der 1980er Jahre. Das Gegenteil wurde bekanntlich getan. Insofern hat aus Keynesscher Sicht die praktizierte Wirtschaftspolitik nicht nur versäumt, das Richtige zu tun, sondern die krisenhafte Entwicklung wurde durch die einseitige Angebotspolitik noch verschärft. Selbst wenn die Regierungen der OECD-Länder bereit wären, innerhalb kurzer Zeit der Keynesschen Konzeption zu folgen, so ließen sich die Versäumnisse der Vergangenheit nicht mehr rückgängig machen. Die infolge der Massenarbeitslosigkeit verlorene Wertschöpfung, die durch Arbeitslosigkeit zerstörten Lebensläufe, die somatischen und psychischen Belastungen und Erkrankungen, die soziale Armut, die aus Arbeitslosigkeit häufig folgt – alle diese Vergehen gegen die Menschenrechte sind irreversible Fakten. Doch für die Zukunft könnte die Keynessche Rezeptur helfen, das Beschäftigungsproblem zu lösen und damit auch die Vielzahl von Folgeproblemen der Massenarbeitslosigkeit zu überwinden. Dass es trotz Globalisierung und trotz der wirtschaftspolitischen Fehlleistungen der meisten Regierungen der OECD-Länder zur Zeit noch möglich ist, annähernd Vollbeschäftigung zu erreichen und den Sozialstaat zu bewahren, zeigen die skandinavischen Länder, insbesondere das schwedische Modell. Sie geben den schlagenden Beweis für die Machbarkeit von Vollbeschäftigung und Sozialstaatlichkeit. Das ist mehr als nur ein Dorn im Auge der Neoliberalen und ihrer politischen Marionettenspieler. Es lag und liegt in der Logik der neoliberalistischen Strategie, das skandinavische Modell

24 Vgl. Uta von Winterfeld: Keine Nachhaltigkeit ohne Suffizienz. Fünf Thesen und Folgerungen. In: Vorgänge. Jg. 46. H. 5. September 2007. S. 46–54.

25 Vgl. Wilhelm Guggenberger: Die List der Dinge. Sackgassen der Wirtschaftsethik in einer funktional differenzierten Gesellschaft. Vorwort von Herwig Bücheler SJ. [Beiträge zur mimetischen Theorie. Bd. 22.] Wien /Berlin 2007.

ideologisch zu desavouieren und nach Wegen zu suchen, es in eine große Krise zu manövrieren, um es für den marktradikalen Ein- und Durchmarsch kapitulationsreif zu machen. Wie bereits ausgeführt wurde, geht es in der Auseinandersetzung über die »richtige« Wirtschaftspolitik im Grunde gar nicht mehr um Vernunft, Humanität und Wahrheit, sondern es findet ein brutaler Machtkampf statt. Die quasi wirtschaftswissenschaftliche Debatte könnte also auch als raffiniertes Ablenkungsmanöver verstanden werden, das der Öffentlichkeit und auch den gutgläubigen Politikern, von denen es wahrscheinlich doch mehr gibt, als die Politikverdrossenen vermuten, nur vorgaukelt, man kämpfe um die »richtigen« Einsichten. Darum geht es den globalen Machthabern von heute doch gar nicht. Sie wollen die Welt nach ihrem Gusto umgestalten und dazu dienen die diversen »Strukturanpassungsprogramme« aus den neoliberalen Denkfabriken und Politikagenturen.

Vernünftige Lebensqualität jenseits des auf Geldgier gegründeten Wirtschaftssystems?

Keynes war mehr als ein genialer Wirtschaftswissenschaftler. Sein Blick ging spätestens seit den 1920er Jahren über den historischen Rand der traditionellen Knappheitsökonomie hinaus. Wie frühere Autoren – etwa Hegel, Marx, aber auch Schopenhauer – erwartete Keynes vom technischen Fortschritt die Freiheit von mühseliger Arbeit, von der Angst ums Überleben und die Möglichkeit, allen Menschen den Zugang zu den kulturellen Werten und zur Entfaltung ihres genetischen Potentials als Vernunftwesen zu verschaffen. Die »Herrschaft des Geldes« über das Leben, die Keynes als eine unwürdige, ja ekelhafte historische Notwendigkeit betrachtete, werde das menschliche Schicksal nicht auf ewig bestimmen. Keynes knüpft an empirische Befunde an, wenn er meint, dass die »Geldsucht« und das »Geldmotiv« keineswegs so durchgängig positiv beurteilt werden, wie das die wirtschaftsliberalistischen Ökonomen und die von der Geldgier getriebenen und profitierenden Zeitgenossen meinen, propagieren zu können. Keynes Aversion gegen die traditionelle »Liebe zum Geld« scheint an etlichen Stellen seines Gesamtwerkes auf. Hier sei dazu abschlie-

bend eine einschlägige Passage aus dem bereits zitierten, frühen Text von 1926 in voller Länge wiedergeben:

»... ich möchte Sie daran erinnern, daß die heftigsten Kämpfe und die am tiefsten empfundenen Meinungsverschiedenheiten in den nächsten Jahren nicht um technische Fragen entbrennen werden, bei denen die Argumente auf beiden Seiten fast ausschließlich wirtschaftlicher Natur sind, sondern um Fragen, die wir mangels eines besseren Ausdrucks als psychologische, oder vielleicht gar als moralische, bezeichnen können.

In Europa, mindestens in einigen Teilen von Europa – in den Vereinigten Staaten von Amerika verhält es sich, glaube ich, anders – hat sich eine ziemlich verbreitete latente Reaktion dagegen geltend gemacht, die Gesellschaft in dem ausgedehnten Maße, wie sie es heute tut, auf die Pflege, Unterstützung und den Schutz der Geldsucht der Einzelnen aufzubauen. Die Tatsache, daß wir unser Leben nach möglichst geringer Berücksichtigung anstatt möglichst starker Berücksichtigung des Geldmotivs regeln möchten, braucht nicht ganz *aprioristisch* zu sein, sondern kann sich aus dem Vergleich von Erfahrungen ableiten. Bei den einzelnen Menschen spielt je nach Wahl ihres Berufs das Geldmotiv eine große oder eine kleine Rolle, und Historiker können uns von anderen Phasen der Gesellschaftsorganisation berichten, in denen dieses Motiv eine viel geringere Rolle gespielt hat als heute. Die meisten Religionen und Philosophien verachten, um es milde auszudrücken, eine Lebensweise, die sich lediglich von Erwägungen persönlichen Geldgewinns leiten läßt. Andererseits lehnen die meisten Menschen heutzutage asketische Ideen ab und sind sich über die tatsächlichen Vorteile des Reichtums völlig klar. Es erscheint ihnen überdies ganz selbstverständlich, daß man ohne das Geldmotiv nicht auskommt, und sie finden, daß es – abgesehen von einigen zugestandenen Mißbräuchen – seine Aufgabe recht gut erfüllt. Folglich beschäftigt sich der Durchschnittsmensch nicht weiter mit dem Problem und hat über das, was er eigentlich denkt und fühlt, noch über diese verflixte Materie im Ganzen, irgendeine klare Vorstellung.«²⁶

Die »Unklarheiten«, von denen Keynes spricht, verhindern, so meint er weiter, dass vernünftige Reformen zustande kommen und zwar

26 John Maynard Keynes: Das Ende des Laissez-faire. S. 113.

auch solche, die durchaus im Interesse eines besser funktionierenden Kapitalismus lägen. Allerdings ist Keynes auch offen für Entwicklungen, die über den Kapitalismus hinaus weisen:

»Immerhin mag eine Zeit kommen«, führt er weiter aus, »wo wir uns über die Dinge klarer sein werden als heute, wo wir darüber reden, ob der Kapitalismus eine gute oder eine schlechte Technik, und ob er an sich wünschenswert oder abzulehnen ist. Ich für meinen Teil bin der Ansicht, daß ein klug geleiteter Kapitalismus die wirtschaftlichen Aufgaben wahrscheinlich besser erfüllen wird als irgendein anderes, vorläufig in Sicht befindliches System, daß man aber gegen den Kapitalismus an sich viele Einwände erheben kann. Unser Problem geht dahin, eine Gesellschaftsorganisation zu schaffen, die möglichst leistungsfähig ist, ohne dabei unsere Ideen über eine befriedigende Lebensführung zu verletzen.«²⁷

Darüber, was unter einem »klug geleiteten Kapitalismus« zu verstehen ist, gehen die Ansichten gewiss auseinander. Aus Keynescher Sicht gibt es jedoch die eindeutige Antwort, dass die skandinavischen Wohlfahrtsstaaten und der »Rheinische Kapitalismus« der alten Bundesrepublik Deutschland, kurz: die gemischten Wirtschaftsordnungen, jenem »Klugheitsgebot« weitaus besser genügen als die des neo-liberalistisch inspirierten neuen Laissez-faire.

Zusammenfassung

Das Fragezeichen am Ende der Themenformulierung, so lässt sich jetzt feststellen, könnte entfallen. Keynes ist ein Alternativer und bietet eine Alternative zum heutigen Mainstream der Wirtschaftswissenschaft. Seine Theorie gibt uns eine Anweisung, wie hoch entwickelte, reiche kapitalistische Volkswirtschaften sowohl Vollbeschäftigung erreichen können, als auch die durch den technischen Fortschritt eröffneten Möglichkeiten eines freieren, insbesondere sozial angst-freien Daseins zu realisieren wären und dass hierin große Potenziale für den gesellschaftlichen Wohlstand enthalten sind. Keynes lehnte zwar den Marxismus ab und bekannte sich zu einer liberalen, demokratischen Gesellschaft. Doch weder stand er feindlich zu sozialistischen

27 Ebenda. S. 116.

Ideen noch gehörte er zu den vehementen Verteidigern eines auf ewigen Bestand zielenden Kapitalismus. Vielmehr plädierte er für eine vernünftige Diskussion, wie ökonomische Effizienz mit den Werten eines menschenwürdigen Daseins vereinbart werden können. Keynes steht damit in der guten Tradition der Moderne – jener Tradition der Aufklärung, aus der Sozialismus und Liberalismus erwachsen.

Wir sollten aber unsere naive Hoffnung aufgeben, die wahren Machthaber der heutigen Welt seien überhaupt an Krisenfreiheit, an Vollbeschäftigung, Sozialstaat und demokratischen Verhältnissen, die immer auch mehr oder weniger sperrig für kapitalistischen Radikalismus waren und sein werden, interessiert und ließen sich durch vernünftige Argumente überzeugen. Die Kontroverse zwischen Keynesianismus und Neoliberalismus ist insofern nur ein Nebenkriegsschauplatz – und das nicht nur im übertragenen Sinn.

JOACHIM BISCHOFF

Krisen im Zeitalter der Bubble-Economy. The Age and the economies of global Turbulence

Die Deutsche Bundesbank stellt für das Jahr 2007 fest: »Ausgehend von Problemen am Markt für zweitklassige Hypothekenkredite in den USA (Subprime Mortgages) sind ab Jahresmitte erhebliche Verwerfungen an den internationalen Finanzmärkten aufgetreten, die seither für das globale Finanzsystem eine ernsthafte Belastungsprobe darstellen. Eine umfassende Neubewertung von Kreditrisiken, die sich in erster Linie auf den Märkten für strukturierte Wertpapiere vollzieht, führte dazu, dass das Vertrauen unter den Marktteilnehmern derart belastet wurde, dass die Verteilung der vorhandenen Liquidität am Geldmarkt auch angesichts eines erhöhten eigenen Liquiditätsbedarfs von Banken nur noch eingeschränkt funktionierte und funktioniert. Auch das deutsche Banken- und Finanzsystem sieht sich erheblichen Herausforderungen gegenüber.«¹

Die Ursachenanalyse ist lapidar: deutlich steigende Ausfallraten bei US-Hypothekenkrediten führten zu Herabstufungen von Wertpapieren durch Rating-Agenturen. Diese Wertberichtigungen lösten einen globalen Vertrauensschock aus, zumal zur selben Zeit – Mitte des Jahres 2007 – die finanzielle Schieflage von zwei namhaften Hedgefonds bekannt wurde, die auch in derlei Geschäfte verwickelt waren. »In der Folge weiteten sich die Turbulenzen im Zuge einer steigenden Risikoaversion der Marktteilnehmer und von Liquiditätsanspannungen schrittweise auf weitere Marktsegmente aus.«² Durch geld- und wirtschaftspolitische Interventionen (Absenkung der Notenbankzinssatzes, Liquiditätshilfen der Zentralbanken und ein Zinsmoratorium für Hauseigentümer in den USA) wurde auf die Finanzkrise reagiert. Eine naheliegende Schlussfolgerung: Erneut haben die mit

1 Deutsche Bundesbank: Finanzstabilitätsbericht 2007. Frankfurt a. M. 2007. S. 8.

2 Ebenda.

der Kontrolle und Regulation der neueren Finanzmarktarchitektur beauftragten staatlichen Institutionen, allen voran die Zentralbanken, bewiesen, dass sie die Turbulenzen der Globalökonomie beherrschen.

Der kritische US-Ökonom Paul Krugman vertritt eine andere Sicht auf die jüngsten Turbulenzen: »The financial crisis that began late last summer, then took a brief vacation in September an October, is back with a vengeance.«³ Diese Rückkehr bedeutet nicht nur, dass die Turbulenzen noch das ganze Jahr 2008 anhalten werden. Die Akteure des Finanzsystems hätten – so Krugman – realisiert, dass sie das komplexe Finanzsystem nicht begriffen haben, das sie selbst mitgeschaffen haben. Krugman zitiert zustimmend einen Fonds-Manager: «What we are witnessing, is essentially the breakdown of our modern-day banking system.» Krugmans Schlussfolgerung: Wir werden noch erhebliche Anstrengungen sehen, bis der von den Verfechtern der Befreiung der Marktkräfte angerichtete Scherbenhaufen durch eine stabilere Finanzarchitektur abgelöst ist. Betrachten wir die Finanzkrise etwas genauer.

Von der Immobilien- zur Kreditkrise

Der Immobilienbereich und die Bauindustrie haben in den USA den Höhepunkt der Krise noch vor sich. Der Angebotsüberhang wird nicht so schnell verschwinden. Die US-Immobilienkrise hat sich auf die internationalen Märkte ausgeweitet. Was als regionales Problem begann, hat sich zu einer weltweiten Kreditkrise entwickelt. Sämtliche Marktteilnehmer flüchten aus Risikopapieren und versuchen sich in Liquidität zu retten. Auch in Großbritannien, Irland und Spanien weist der Immobilienbereich gleichermaßen deutliche Symptome einer Vermögensblase oder eines irrationalen Überschwanges auf. »Der Immobilienmarkt in den Vereinigten Staaten war Teil eines einmaligen internationalen Trends.«⁴ In Reaktion auf die sinkenden Zinsen für

³ Paul Krugman: Innovating the way to financial crisis. In: »The New York Times« vom 10. Dezember 2007. S. 2.

⁴ Ausnahmen sind Japan, wo wegen der deflationären Entwicklung eine massiver Preisverfall bei Grundstücken und Gebäuden zu verarbeiten war, und Deutschland, wo infolge der Vereinigung mit der früheren DDR eine spezifische Markt- und Preiskonstellation existiert.

langfristige Anleihen stiegen die Preise für Wohnungseigentum in aller Welt von Großbritannien und Australien. [...] Die Zeitschrift *The Economist*, die den Preis von Einfamilienhäusern und Eigentumswohnungen in zwanzig Ländern verfolgt, schätzt dass in den entwickelten Nationen der Marktwert des Wohnungseigentums zwischen Jahren 2000 und 2005 von 40 auf mehr als 70 Billionen US-Dollar gestiegen ist. [...] In Australien und Großbritannien kühlte sich die Nachfrage im Jahre 2004 aus denselben Gründen ab: Wohneigentum wurde für Erstkäufer unerschwinglich und Spekulanten zogen sich aus dem Markt zurück. Mit dem Ende des Booms blieben die Preise konstant oder sanken geringfügig, doch es kam nirgends zu einem Zusammenbruch des Marktes.«⁵

Wir sind hier beim Kern des Problems: Immobilien stellen für die weit überwiegende Zahl der privaten Haushalte die wichtigste Vermögensanlage dar. Ihr Anteil am Gesamtvermögen der privaten Haushalte liegt in den USA mit rd. 30 Prozent zwar niedriger als in Europa mit 40-60 Prozent, aber selbst in den USA ist der bei einem Durchschnittshaushalt auf Immobilien entfallende Teil des Vermögens mehr als fünfmal so groß wie die Mittelanlage in Aktien. Gerade der US-Immobilienmarkt hatte in den letzten Jahren eine wichtige konjunkturstützende Funktion. Denn neben der expansiven Geld- und Fiskalpolitik war es maßgeblich den durch den Immobilienboom bedingten positiven Vermögenseffekten zu verdanken, dass die Konsumnachfrage in den USA auch in Zeiten der Korrektur der Vermögensblasen (Aktien) und der gesamtwirtschaftlichen Rezessionsphasen robust blieb. Im Falle einer nachhaltigen Marktkorrektur wären somit erhebliche negative Folgewirkungen auf das gesamtwirtschaftliche Wachstum zu befürchten.

Die relative Milde der Rezessionen und die wenig folgenreichen Zusammenbrüche der Vermögensblasen in den USA und der Globalökonomie haben mit dem politisch verstetigten Phänomen der niedrigen Zinsen und der Expansion des Immobilienbereiches zu tun. »Die Milde der Rezession schien eine Folge globaler wirtschaftlicher Kräfte, die die Zinsen auf langfristige Anleihen immer weiter gedrückt und in vielen Teilen der Welt einen kräftigen Anstieg der Preise für Wohneigentum bewirkt hatten. In den USA waren Eigenheime derart im

5 Alan Greenspan: *Mein Leben für die Wirtschaft*. Frankfurt a. M. 2007. S. 266.

Wert gestiegen, dass die Privathaushalte sich in einem Rausch zu befinden schienen und immer mehr Geld ausgaben.«⁶ Politisch ist diese Tendenz durch die »wealth creation theory« des Neoliberalismus aufgegriffen worden: Wirtschaftspolitik hat demnach die Aufgabe, den Marktwert von Vermögenswerten ständig zu erhöhen und eine Transformation in eine Eigentümergesellschaft zu befördern. Hauptmotor des Wirtschaftswachstums in den letzten Konjunkturzyklen ist auf dieser Grundlage der private Verbrauch. Dieser hat sich auf eine wachsende Verschuldung (Schuldendienst in Prozent des verfügbaren Einkommens auf Höchststand), auf eine beispiellos expansive Geld- und Fiskalpolitik (massive Steuersenkungen), auf hohe Beleihungen von Immobilien zu Konsumzwecken (»Mortgage Equity Withdrawal«) und auf eine variabel verzinsliche Hypothekenschuldung (»Adjustable Rate Mortgage – ARM«) gestützt. Die vom Neoliberalismus propagierte Gesellschaft der Eigentümer hatte also für die USA eine konkrete Seite. Steuersenkungen, die Absetzung für Hypothekenzinsen und eine Niedrigzinspolitik waren für die Entwicklung gleichermaßen verantwortlich wie neue Kreditinstrumente und Verbriefungen von Krediten, die eine internationale Streuung von Beleihungen ermöglichten. Die finanzgetriebene Kapitalakkumulation (»asset based, wealth-driven economy«) des Neoliberalismus zielt auf die Erhöhung des Marktwerts von Vermögensbeständen und bewirkt damit eine Tendenz zur Blasenbildung.

Der frühere Notenbankpräsident Greenspan weiß, dass er im Prinzip die Ära der Ausbildung von Vermögensblasen mit befördert hat. Er weist allerdings eine Schuld an der Immobilienkrise von sich. Durch die Verringerung des Leitzinses von 6,5 Prozent auf nur mehr ein Prozent zwischen 2001 und 2003 habe die Fed nach dem Zerplatzen der Hightech-Blase eine drohende Deflation, einen die Wirtschaft womöglich lähmenden Rückgang des allgemeinen Preisniveaus, abwenden wollen. Greenspan bestreitet eine Mitverantwortung: Die US-Notenbank sei das Risiko eingegangen, durch die Zinssenkungen eine Blase, einen inflationären Boom in irgendeiner Weise auszulösen, »um den wir uns später würden kümmern müssen«.

Unstrittig ist: Der niedrige langfristige Realzins hat den Immobili boom ausgelöst,⁷ der wirtschaftspolitisch verstärkt wurde. Jetzt sind die Potentiale dieser Entwicklung ausgeschöpft. Zwei Szenarien stehen zur Debatte: zum einen, dass bei relativer Stabilität der Immobilienmärkte eine wenig dramatische Korrektur der Fehlentwicklungen stattfindet. Zum anderen ist denkbar, dass eine allgemeiner Rückgang der Häuserpreise nicht zu vermeiden ist, und dass ein Übergreifen vom Subprime-Bereich auf den gesamten Markt erfolgt. Dies muss zwangsläufig eine Abwärtsspirale eröffnen, die in den USA zu einer rezessiven Entwicklung führen kann.

Die Notenbanken haben nach dem offenen Ausbruch der Krise einen plötzlichen Kredit-Crunch verhindert: Durch Zinssenkungen und zusätzlich Notenbankkredite wurde eine Stabilisierung des Bankensystems erreicht. Die Notenbanken können den Bereinigungsprozess verzögern und abschwächen, aber die Überschuldung eines Teiles der privaten Haushalte erzwingt Preiskorrekturen des gesamten Marktes und damit eine allgemeinere Tendenz von Wertverlusten im Immobilien- und Finanzbereich.

Abgesehen von der Einschätzung des Krisenpotenzials in der aktuellen Entwicklung sind wir mit den Widersprüchen der finanzmarktgetriebenen Kapitalakkumulation konfrontiert. Finanzkrisen sind einerseits regelmäßige Begleiterscheinungen kapitalistischer Entwicklung. Andererseits führt der Übergang zu einem finanzmarktgetriebenen Kapitalismus⁸ zu einer Veränderung der Krisenverläufe. Ein Rückblick auf die finanzmarktgetriebene Kapitalakkumulation (»bubble economy«) zeigt zugleich die Verengung des politischen Handlungsspielraumes des Neoliberalismus.

7 Josef Ackermann: Wie das internationale Finanzsystem zu stärken wäre. In: »Neue Zürcher Zeitung« vom 22./23. Dezember 2007. S. 15: »Die Preissteigerungen am amerikanischen Immobilienmarkt [...] waren besonders mit Blick auf das starke Bevölkerungswachstum in den USA teilweise fundamental begründet, teilweise waren sie von niedrigen Zinsen getrieben. Die amerikanische Notenbank (Fed) hatte nach dem Platzen der New-Economy-Blase für hohe Liquidität gesorgt.«

8 Vgl.: Joachim Bischoff: Zukunft der Finanzmarktkapitalismus. Hamburg 2006; Robert Brenner: The Economics of global Turbulence. London 2006; Jörg Huffschmid: Jenseits der Spekulationskrise. In: Blätter für Deutsche und Internationale Politik. Nr. 11/2007. S. 1331.

Aufstieg und Krise der Vermögensblase in Japan

Mit der schrittweisen Verallgemeinerung der Deregulierungs- und Privatisierungspolitik Ende der 1970er entwickelt sich die Tendenz zu einer irrationalen Übersteigerung von Vermögenswerten. Der herausragende Fall für die Rückkehr zu einer »Bubble Economy« ist der japanische Aktien- und Immobilienmarkt in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre. Japan musste 1989/90 einen schweren Finanz-Crash verdauen, der mit enormen Vermögensverlusten, massiven Überschuldungsstrukturen und einem deutlichen Abschwächen des Wirtschaftswachstums verbunden war. Zwar wurde eine spiralförmige Abwärtsbewegung der Ökonomie und ein Zusammenbruch des Finanzsystems mit entsprechenden Auswirkungen auf die Weltökonomie verhindert, aber noch mehr als ein Jahrzehnt später sind die negativen Effekte nicht vollständig überwunden.

Der Chefstratege der Deutschen Bank in Tokio, Musha, erklärt die Konstellation folgendermaßen: Die japanischen Haushalte disponieren zu Beginn des 21. Jahrhunderts über Vermögenswerte von 11.000 Mrd. Euro, von denen die Hälfte auf Geldkonten angelegt ist.⁹ Die jährliche Wertschöpfung liegt bei 3.025 Mrd. Euro (2002) Würde allein das in Geldform nominierte Vermögen einen jährliche Verzinsung von 5 Prozent beanspruchen, müsste das nationale Gesamtprodukt (BIP) um mehr als 7 Prozent zunehmen, was nicht im Bereich des Realisierbaren liegt. Das Wirtschaftswachstum ist infolge der großen Eigentümeransprüche und den negativen Verteilungseffekten gleichermaßen abgeflacht. Zusätzlich war noch der Crash im Finanz- und Immobiliensystem zu verarbeiten. Faktisch ist seit dem Crash der finanzgetriebenen Akkumulation ein deflationärer Prozess zu Verteilung der Verluste oder Abschreibungen auf die Eigentums- und Vermögenstitel praktiziert worden. Insgesamt ist das japanischen Volksmögens zwischen 1990 und 2002 um ca. 25 Prozent geschrumpft.¹⁰

In Japan läuft gegenwärtig also eine langwierige deflationäre Zwischenperiode von über 15 Jahren aus. Der Zusammenbruch der großen Spekulationsblase, die 1989/90 auf dem Höhepunkt war, hat nicht

9 Vgl. Ryoji Musha: Eine Wette auf eine höhere Profitabilität. In: »FAZ« vom 15. Dezember 2006. S. 23.

10 Vgl. Max Otte: Der Crash kommt. Düsseldorf 2006. S. 159.

zu einem von vielen befürchteten Umschlag in eine globale Krise und eine ernsthaften Belastungsprobe des kapitalistischen Systems geführt. Der Aktienindex Nikkei stand Ende 1989 bei 38.916 Punkten, wurde zunächst halbiert und musste längere Zeit eine Entwertung von rund Zweidritteln erdulden. Auch andere Wertpapiere und die Werte der Immobilien mussten entsprechende Abschläge hinnehmen. Die politische Klasse Japans hat nach dem Crash sofort mit öffentlichen Mitteln und der Ausschöpfung des öffentlichen Kredits eine mögliche Kettenreaktion unterbunden. Die entwerteten Papiere und Immobilien, samt der beteiligten Finanzinstitute, wurden durch Ankauf mit öffentlichen Mitteln zu den Ursprungswerten und veränderten Bilanzierungs- und Abschreibungsbedingungen unterstützt. Die Politik zielte darauf, die Wertberichtigungen über einen längeren Zeitraum und auf alle Gruppierungen der Gesellschaft zu verteilen. Ein Großteil der vielen Konjunkturprogramme diente diesem Zweck. Der Rückgriff auf den öffentlichen Kredit spiegelt sich in einem Anstieg der Staatsverschuldung von 58 Prozent (1991) auf über 170 Prozent (2006) des Bruttoinlandsprodukts. Damit ist angedeutet, dass ein beträchtlicher Teil des Wertverlustes der Schuld- und Eigentumstitel von den subalternen sozialen Schichten übernommen wurde. Die öffentlichen Schulden sind eine Belastung für die Lohnabhängigen. Gegenwärtig müssen rund 20 Prozent der öffentlichen Einnahmen für den Schuldendienst aufgebracht werden. Auch der faktische Zinsverzicht auf die Notenbankkredite geht zulasten der Steuerzahler und begünstigen die Eigentümer der entwerteten Finanztitel. Zum anderen haben die Preissenkungen für die Waren einen Effekt auf den durchschnittlichen Lebensstandard ausgeübt.

Der Wertverlust wurde also über Staatsschulden und deflationäre Preisentwicklung umverteilt. Immerhin hatte diese Operation den Effekt, dass ein Totalcrash des gesellschaftlichen Reproduktionssystems ausgeblieben ist. Faktisch ist die Verschuldung noch höher, weil auch ein Teil der Rücklagen für die Alterssicherung in die Politik des kontrollierten Wertverlustes der Spekulationsblase gepumpt wurden.

Auch nach dem Platzen der Spekulationsblase, dem Absturz der wirtschaftlichen Wachstumsraten und der Ausbeutung der öffentlichen Ressourcen zur Sicherung von »Wertverlusten« ist es der Mehrheit der Japaner im Vergleich mit den Nachbarländern und den anderen kapitalistischen Metropolen nicht schlechter ergangen. Sowohl

die Nation als auch viele Privathaushalte hatten enorme Reserven aufgebaut, von denen sich gut leben ließ. Dies erklärt auch die schwache Protesthaltung gegenüber der Lastenverteilung. Die Restrukturierungsprogramme basierten auf der Annahme, dass sich die Preise für Wertpapiere und Immobilien früher oder später erholen würden. Niedrigstzinsen, massive öffentliche Ausgabenprogramme und Exportförderung haben seit 1990 dahin geführt, dass dem nationalen Akkumulationsprozess eine Kapitalvernichtung in jenem Umfang ermöglicht wurde, der für eine neue Dynamik unerlässlich ist.

Seit über fünfzehn Jahren laboriert Asiens Metropole mit sehr niedrigen Zinssätzen, ohne dass von dieser Politik ein relevanter konjunktureller Impuls ausgegangen wäre. Es gibt eine leichte Deflation, d.h. die Wirtschaft schrumpft mäßig und zugleich gehen die Preise im Durchschnitt deutlich zurück. Japan steckt nach dem Platzen der Finanzblase 1990/91 immer noch in einer deflationären Schuldenfalle. Angesichts sinkender Preise halten sich Verbraucher und Unternehmen mit ihrer Ausgaben- und Investitionspolitik zurück. Zudem wird durch die faktische Nullzins-Politik die Liquiditätshaltung befördert. Realwirtschaftliche und finanzwirtschaftliche Investitionen scheinen erst wieder attraktiv, wenn sich eine Verwertung des eingesetzten Kapitals abzeichnet. Trotz gut gefüllter und kostenloser Kredittränke weigern sich sowohl die japanischen Unternehmen als auch die Konsumenten über eine entsprechende Schuldenpolitik den gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfungs- und Akkumulationsprozess auf Touren zu bringen. Vor allem die Verbraucher verharren angesichts einer unsicheren Wirtschaftslage, der immer weiter ansteigenden Arbeitslosigkeit und der Entwertung von Eigentumstiteln in einer Verweigerungshaltung, sprich: überhöhten Liquiditätshaltung. Rund 50 Prozent des Haushaltseinkommens bleibt faktisch in den Haushaltschatullen, was die Japaner zu den fleißigsten »Sparern« in der kapitalistischen Hemisphäre macht. Bislang sehen noch viele dieser Konsumenten ihre Rücklagen bei den staatlichen Sparkassen gut aufgehoben. Sollte sich freilich das Misstrauen langsam auch auf die öffentlichen Finanzen und den öffentlichen Kredit erstrecken, wird es aussichtslos für eine Reformpolitik im kapitalistischen Milieu.

Vermögensblase »New Economy«

Durch die neoliberale Deregierungspolitik in den kapitalistischen Hauptländern erhielten die Informations- und Kommunikationstechnologien (Telekommunikation) starke Wachstumsimpulse, die zur Ausbildung einer »New Economy Blase« führte. Rückblickend kann man feststellen, dass der Glaube an enorme Gewinnpotenziale aus Investitionen in Unternehmen der »New Economy« eine Rally an den Aktienmärkten ausgelöst hat, die alles Bisherige in den Schatten stellte. Die Bewertungen von Unternehmen aus der Internetbranche erreichten Niveaus, die in jeder Hinsicht einzigartig waren. Seit März 2000 kam es dann nicht nur zu einem deutlichen Einbruch bei den Aktienkursen, sondern auch zu steigenden finanziellen Ungleichgewichten. Seither sind in allen kapitalistischen Metropolen spekulative Blasen bei den Vermögenswerten ins Zentrum des Interesses gerückt.

Im Frühjahr 2000 wurde an den internationalen Aktienbörsen der Scheitelpunkt des Booms überschritten. Irrationaler Überschwang und Herdenverhalten wurden für die immense Finanzblase verantwortlich gemacht. Nachfolgend setzte ein nachhaltiger Crash auf Raten ein, durch den der Großteil der Preissteigerungen der Vermögenstitel vernichtet wurde. Dieses Ende der »new economy-party« hat unter den wirtschaftlichen Eliten der kapitalistischen Hauptländer einen beispiellosen Katzenjammer erzeugt. Gigantische Kapitalvernichtung und konjunkturelle Talfahrt lassen die Zukunft des Kapitalismus in trübem Licht erscheinen.

Die These, dass der massive Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnologien, der eben keineswegs auf einen Sektor der Ökonomie beschränkt ist, sondern die gesamte »old economy« mittelfristig umkrepeln wird, ist mittlerweile weithin akzeptiert worden. Das bedeutet, dass nicht die hochtechnologisch fundierte »New Economy«, sondern die bekannten Widersprüche in der Verteilung und deren Rückwirkung auf den Gesamtproduktionsprozess für die Akkumulationsdynamik verantwortlich zeichnen.

Die Wunderwirkung einer technologische Revolution auf den Akkumulationsprozess hat sich nach dem Zusammenbruch des »new economy booms« zurecht gerückt. Was zunächst als bloßer Technologie-Boom verhandelt wurde, wurde als Herrschaft der Finanzmärkte entlarvt. »In den Goldenen Neunzigern führte die neue Vormachtstel-

lung der Finanzmärkte dazu, dass ein seit langem bestehendes System wechselseitiger Kontrollen und Machtbeschränkungen [...] in wesentlichen Hinsichten durcheinander gebracht wurde. Alle beugten sich dem Urteil der Finanzmärkte.«¹¹

Die Deregulierungspolitik hat Ende der 1990er Jahre auf den internationalen Finanzmärkten einen irrationalen Überschwang erzeugt, der nachfolgend einen massiven Börsen-Crash hervorgerufen hat. Diese Korrektur der die reale Ökonomie überlagernden Spekulation ist durch die Steuerungsinstrumente der nationalen und internationalen Finanzinstitutionen aufgefangen worden. Aus den beiden letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts wurde auf Basis einer Liberalisierung des Kapitalverkehrs, einer starken Expansion der Finanzmärkte der Shareholder Value zu dominierenden Unternehmensphilosophie der Kapitalgesellschaften. In den Betrieben werden überdurchschnittliche Gewinne herausgepresst zum Nachteil der Beschäftigten, zum Nachteil der Lieferanten und Kooperationspartner und zum Nachteil der Entwicklungsfähigkeit, weil selbst die Forschungs- und Entwicklungskosten beschnitten werden. Eine solche Unternehmenspolitik liefert der Gesamtwirtschaft auf kürzere Sicht durchaus Impulse und stützt zunächst die Shareholder Orientierung mit einem überdurchschnittlichen Wachstumstrend.

Vermögensblase: Immobilien

Nach dem Crash des »New Economy«-Booms in Jahren 2001 ff. bildete sich 2006 erneut eine Tendenz zum irrationalen Überschwang im Kreditssystem und einer Preissteigerung der Vermögens- und Eigentumstitel heraus. Die Phänomene: neues Rekordniveau bei den Unternehmensübernahmen und Fusionen, überbewertete Sachwerte, größte Gesamtverschuldung der Nachkriegsepoche, groteske kreditfinanzierte Konsumlastigkeit, niedrigste Ersparnisse, niedrigste Nettoinvestitionen der Nachkriegszeit, größtes Außenhandelsdefizit, stark steigende Auslandsverschuldung, nach wie vor massive Einkommens- und

¹¹ Joseph Stiglitz: Die Roaring Nineties, der entzauberte Boom. Berlin 2003. S. 15.

Vermögensunterschiede sowie eine durch Hebelung (»leverage«) strapaziertes Finanzsystem.

Den Konjunkturzyklus übergreifend, waren seit Anfang der 1990er Jahre die Vermögenspreise für Immobilien gestiegen. Dies hat bei vielen BürgerInnen die Illusion befördert, dass diese Aufwärtsbewegung anhalten wird und sie sich an dieser Entwicklung beteiligen sollten. Sie kauften Immobilien in der Erwartung, diese zu einem späteren Zeitpunkt mit Gewinn wieder verkaufen zu können. Das Auftreten immer neuer KäuferInnen führte dazu, dass die Preise weiter anstiegen.

Der kräftige Wirtschaftsaufschwung ab dem Jahr 2003 ließ die Erfahrungen der kurzen Rezession nach 2001 schnell vergessen. Das Immobilienvermögen war der wichtigste Faktor, um den Crash des »New Economy«-Booms abzufedern. Der kontinuierliche Preisanstieg des Immobilienvermögens erleichterte zudem die Beleihung bestehender Objekte und damit auch die Kreditaufnahme zur Finanzierung von Konsumausgaben. Immobilien waren demzufolge eine attraktive Anlagemöglichkeit, wodurch wiederum eine zusätzliche Nachfrage nach Häusern angeschoben wurde.

Die Zinspolitik und Liquiditätsversorgung durch die US-Notenbank unterstützte diese zyklenübergreifende Expansion des Immobiliensegments. Mit einer expansiven Geldpolitik sind grundsätzlich Inflationsgefahren sowohl bei den Güter- als auch bei den Vermögenspreisen verbunden, wenn es nicht rasch genug zu einer Ausweitung des realwirtschaftlichen Angebots kommt.

In den USA ist die private Sparquote – gemessen am verfügbaren Einkommen – seit Anfang der 1980er Jahre zyklenübergreifend zurückgegangen. Seit Ende 2004 machen die privaten Haushalte per Saldo Schulden, um ihre persönliche Reproduktion organisieren und ihre Kauflust befriedigen zu können. Der steigende Konsum wurde im zurückliegenden Wirtschaftszyklus stark davon begünstigt, dass die Eigentümer ihre Hypotheken umschulden konnten, um auf diese Weise den steigenden Wert ihrer Immobilien in bare Münze umzuwandeln. Der Privatkonsum hat seit Überwindung der leichten Rezession ab 2003 real um 3–4 Prozent zugenommen, obwohl die verfügbaren Haushaltseinkommen stagnieren oder leicht rückläufig sind. Die Konsumdynamik ist Folge des Vermögenszuwachses. Er resultiert zum einen aus den gestiegenen Vermögenspapieren und zum andern aus den

gestiegenen Immobilienwerten. Die Verschuldung der privaten Haushalte in den USA liegt Mitte 2007 bei ca. 13,8 Mrd. Dollar, die zu 75 Prozent aus Hypothekendarlehen, zu 18 Prozent aus Konsumentenschulden und zu 7 Prozent aus Zahlungsverpflichtungen über Kreditkartenkonten bestehen.¹²

Der Ausgangspunkt war der nachhaltige Anstieg der Immobilienpreise in den meisten kapitalistischen Hauptländern infolge der extrem niedrigen Zinsen, die bezogen auf die Fixeinkommen bei Immobilien einen Preisanstieg generieren. Diese Entwicklung ist politisch vielfältig unterstützt worden. Die Botschaft des Neoliberalismus lautet ja: Bildung einer Gesellschaft von Eigentümern.

Infolge der Preissteigerungen können Hausbesitzer höhere Beleihungen (Schulden) auf ihre Grundvermögen eingehen. Die Ausnutzung des Booms führt zu Zweitbesitz und dem Engagement von Käufern mit geringem Einkommen. Dies verstärkt die seit langem gegebene Tendenz zu Änderung der Bankfinanzierung, Verbriefung von Schuldtiteln und deren Weiterverkauf. Variable Hypothekenzinsen ermutigen Finanzinstitute wegen der attraktiven Zinsdifferenzen zu Verleihung von langfristigen Krediten, die über Kurzfriskredite refinanziert werden, was der »Banker mit Hausverstand« ansonsten unterlässt. Logischerweise ist diese sich selbst verstärkende Preis- oder Vermögensblase irgendwann überdehnt. Die Leute merken, dass ihre Grundstücke in der Regel nicht wegen Investitionen an Marktwert gewonnen haben, sondern in Folge einer gesamtwirtschaftlichen Bewegung eine Preissteigerung durchlaufen, an deren Ende das Platzen der Preisblase steht. Die Preise sinken und Zwangsversteigerungen drücken tendenziell den Gesamtmarkt. Der Boden der Grundstückspreise ist noch lange nicht erreicht.

Die Politik kann den Sinkflug bremsen durch diverse Fallschirme, aber aufhalten kann sie ihn nicht. Die Kurzfristzinsen steigen – die Refinanzierung der Hypotheken stockt und schon schlägt die Immobilienkrise in eine Kredit- oder Schuldenkrise um. Mit anderen Worten: Es bedarf einiger Zeit bis die Korrektur der Preise sich auf dem Immobilienmärkten durchgesetzt hat und die damit verbundenen Verlust- oder Wertberichtigungen abgeschrieben sind. Wir sind erst am Anfang der Korrektur der Wertberichtigung. Die vom US-Kongress be-

12 Vgl. dazu »FAZ« vom 19. November 2007, S. 19.

schlossene Stundung von variablen Zinssätzen bei Hypotheken betrifft nur ein schmales Segment und kann den Preisanpassungsprozess zeitlich strecken, aber nicht aufhalten. Die weitaus gravierendere Folge: Die Kreditbedingungen haben sich nicht nur für Hauseigentümer verschärft; die Zahlungsausfälle häufen sich nicht nur in der Wohnungsbaufinanzierung, sondern auch bei Kreditkartenunternehmen und Autofinanzierungen. Entscheidend ist gegenwärtig: Die Finanzinstitute geben sich wechselseitig kaum noch Kredite. Es muss damit gerechnet werden, dass die Verlustabschreibungen bei Banken (ca. 400 Mrd. Dollar bis Jahresende 2007) durch eine weit umfangreichere Kontraktion des Kreditsektors begleitet werden.

Von der Immobilien- und Kreditmarktkrise in eine Rezession der Realökonomie?

Es gilt also bei der Einschätzung der aktuellen Finanzmarkturbulenzen auseinander zuhalten:

Die Immobilienkrise in den USA ist erst am Anfang. Seit Mitte 2006 ist der Markt für Wohnimmobilien in den USA kräftig geschrumpft. Dieser Schrumpfungsprozess wird mit hoher Wahrscheinlichkeit noch einige Quartale weitergehen und das Wirtschaftswachstum in den USA beeinträchtigen. Der Preisverfall bei Grundstücken, Häusern etc. bleibt nicht auf das untere Segment der Hypothekenkredite beschränkt, sondern wird nach und nach den gesamten Markt bestimmen. Es handelt sich hier letztlich um das Platzen der seit längerem von vielen prognostizierten Spekulationsblase.

Auch in Großbritannien, Spanien etc. hat eine Korrektur der Immobilienmärkte eingesetzt, die sich verstärken wird. Fakt ist weiter, dass die Immobilienpreissteigerungen in Irland, Spanien, Großbritannien bei weitem extremer sind als in den USA. In Großbritannien stiegen die Immobilienpreise nach 1990 massiv. Mehr als 70 Prozent der britischen Hausbesitzer haben inzwischen einen Darlehensvertrag mit variablen Hypothekenzinsen abgeschlossen. Da die britische Notenbank den Leitzins seit Mitte 2005 von 3,5 Prozent auf aktuell 5,75 Prozent angehoben hat, können hier viele Hypothekennehmer ihre Raten nicht mehr bezahlen. Ein schleichender Prozess aus sinkenden Immobilienpreisen und steigenden Raten führt zu einer Insolvenzwelle, die

2008 voll zum Tragen kommen dürfte. Die Folgen sind auch in Großbritannien: Überschuldung, Zwangsversteigerung, Einbruch des Konsums und Abschwächung des Wirtschaftswachstums. Die Hypothekenschulden auf der Insel betragen im Juli 2007 1,14 Billionen Pfund, eine Steigerung um elf Prozent binnen eines Jahres. Die Gesamtverschuldung der privaten Haushalte liegt bei 1,35 Billionen Pfund (plus 10,1 Prozent). Die Verschuldung der privaten Haushalte ist im Verhältnis zu den Einkommen seit 1997 von 105 auf 164 Prozent gestiegen.

Die Verschuldung der privaten Haushalte hat der Politik einer finanzmarktgetriebenen Akkumulation eine Grenze gezogen. Bisher hat es die US-Notenbank geschafft, die riesige Seifenblasenökonomie in Bewegung zu halten. Aber der Markpreissteigerung der Gebäude der letzten Jahre steht kein real vergrößerter gesellschaftlicher Reichtum gegenüber. Greenspan konnte als amtierender Notenbankchef die Aktienpreisblase der »new economy« über die Immobiliendynamik auffangen. Jetzt sind alle Vermögenswerte übermäßig aufgebläht und die anbrechenden Korrekturbewegungen müssen die teils fiktiven Werte auf den realen Wertschöpfungsprozess rückbeziehen.

Wegen der internationalen Verflechtungen beim Handel von Krediten werden auch andere Banken in diese Verlustwelle hineingezogen, die ihren eigentlichen Herd zunächst in den USA hat. Zurecht betonen Finanzmarktexperten, dass weitere Institute betroffen werden. »Im Prinzip ist jede mittelgroße Bank in Gefahr, die bei der Refinanzierung vor allem auf den Kapitalmarkt angewiesen ist«, zitierte das deutsche »Handelsblatt« einen Investmentbanker.¹⁵

Diese Ausbreitung der Kredit- und Bankenkrise durch mehrere Herde wird Konsequenzen haben für die Devisenkurse. Die Kurse am Devisenmarkt können sich schnell verändern. Das zeigt sich in einer Pendelbewegung zwischen Auf- und Abwertung beim US-Dollar. Die Finanzmarktkrise schlägt auf die Währungsrelationen durch. Die Zinssenkungen in den USA hat zwar weltweit die Börsen beflügelt. Zugleich hat sie aber den Druck auf den Dollar weiter verstärkt. Denn billigere Kredite können zwar die Wirtschaft ankurbeln, verringern jedoch den Wert einer Währung. Die Verschiebungen in den Währungsrelationen können die realen ökonomischen Probleme im internationalen Handel verschärfen.

15 »Handelsblatt« Nr. 244 vom 18. Dezember 2007. S. 25.

Den Managern der Notenbanken ist klar, dass sie nur die Zeit für Anpassungsprozesse verlängern können, die Verluste müssen auf der Ebene der Hauseigentümer, der Immobilienfirmen und der Bankinstitute verarbeitet werden. Deshalb gehen die Großbanken zügig daran, die Abschreibungen umzusetzen, um im Wettbewerb wieder vertrauens- und kreditwürdig zu werden. Angesichts des Rückschlags der Immobilien- und Kreditkrise auf die Realökonomie hat sich mehr und mehr die Erwartung durchgesetzt, dass die USA im Jahr 2008 eine kurze, relative milde Rezession durchlaufen werden. Weil bislang die Kreditkrise relativ problemlos gemanaged worden ist, werden keine Überlegungen angestellt, was denn die Effekte einer allgemeinen wirtschaftliche Abschwächung auf die anhaltende Immobilien- und Kreditmarktkrise sein könnten.

Das Platzen der Immobilienblase wird die Grundfesten der Wirtschaft weitaus stärker belasten als die Nachwehen der aktienlastigen »New-Economy«-Euphorie. Immerhin entfällt in den USA rund 70 Prozent des Nettovermögens der amerikanischen Haushalte auf Eigenheime, wogegen nur 15 Prozent in Aktien angelegt sind. Nicht nur die Notenbank, sondern auch die Administration von Bush jr. setzen alles daran, die US-Ökonomie auf einen erneuten Expansionskurs zu schieben. Neben dem extrem niedrigen Zinsniveau, einer massiven Ausweitung der Militär- und Sicherheitsausgaben versucht die republikanische Mehrheit im Kongress durch weitere Steuersenkungen für Unternehmen und Wohlhabende das neoliberale Erfolgsrezept erneut zu verlängern.

Neoliberale Reichtumstheorie

Der Akkumulationsprozess wird in den letzten Jahrzehnten von der »asset-based, wealth-driven economy« geprägt. Durch die neoliberale Wirtschaftspolitik sollen die Tendenz der Erhöhung der Marktpreise von Vermögenswerten und die einseitige Vermögenspolitik stabilisiert werden. Diese Dominanz der Interessen von Finanzinvestoren, Aktionären oder Vermögensbesitzern ist Ausdruck einer Verzerrung und nicht Ausdruck einer neuen gesellschaftlichen Betriebsweise. Schwache Realinvestitionen der Unternehmen und öffentliche Investitionen sind die desaströsen Ergebnisse einer neoliberalen Wirtschaftspolitik,

die seit Jahren die Verbesserung der Angebots- und Wertschöpfungsbedingungen proklamiert und durch Aushöhlung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage doch nur einen *circulus vitiosus* von immer neuen Runden der Nachfrageschwächung und Verschlechterung der Verwertungsbedingungen zustande gebracht hat. Statt Steigerung der Wertschöpfung und Erhöhung der Beschäftigung wird eine zunehmende Fehlallokation von Kapital zugunsten unproduktiver Verwendungen marktwirtschaftlich hervorgebracht: Der Verwertung der Eigentumstitel wird die produktive Aktivität der Volkswirtschaft geopfert.

Schon Mitte der 1960er Jahre stellte Joan Robinson, in der Tradition der keynesschen Theorie stehend, fest: Die kapitalistischen Gesellschaften leben immer noch nicht für die kleinen Freuden des Heute, sondern für den Mythos der beschleunigten Kapitalakkumulation. »Die Einrichtungen und Denkweisen, die in einer Epoche entstanden, da der Überschuss herausgepresst wurde, leben weiter, auch wenn sie nutzlos geworden sind, und bis jetzt wurde noch kein Ersatz für sie geliefert.«¹⁴ Statt zu einer Ausgestaltung einer Ökonomie mit hoher Produktivität überzugehen, beherrscht zu Beginn des 21. Jahrhunderts die vermögensgetriebene Ökonomie den Akkumulationsprozess. Die faktisch mögliche Vollbeschäftigung, bei gleichzeitig starker Arbeitszeitverkürzung, wird unter dem Regime des Neoliberalismus verworfen zugunsten einer finanzmarktgetriebenen Akkumulation mit Massenarbeitslosigkeit, prekären Beschäftigungsbedingungen und einer politischen Ökonomie der Unsicherheit.

Diese Entwicklung hat ein »höchst eigenartiges kapitalistisches Wirtschaftssystem« hervorgebracht: Die Dualität von sozialer Sicherheit, die einerseits auf kapitalgedeckten Systemen sozialer Sicherheit beruht, und andererseits auf Umverteilungs- oder Ausgleichungsprozessen von Arbeits- und Kapitaleinkommen, löst sich in eine Hegemonie des Shareholder Value-Prinzips von unverdienten Einkommen auf.

Professionell geführte Kapitalsammelstellen – Fonds und Investmentgesellschaften aller Art – bestimmen seit den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts den gesellschaftlichen Kernbereich der betrieblichen Wertschöpfungsprozesse. In der Folge registrieren wir eine weitere Verschiebung in den Verteilungsverhältnissen. »Der Nettoertrag einer Gesellschaft gehört den Aktionären (den Shareholdern mit

14 Joan Robinson Die fatale politische Ökonomie. Frankfurt a. M. 1968. S. 9.

ihrem breiten gesellschaftlichen Netzwerken). Sie erhalten ihn entweder in der Gestalt von Dividenden oder in der Gestalt eines Wertzuwachses bei den Aktien, welcher der durch die zusätzlichen, aus unverteiltern Gewinnen finanzierten Investitionen geschaffenen, Ertragskraft entspricht. Sie können diese Kapitalgewinne ohne weiteres in Konsum umsetzen. Soweit sie das nicht tun, schreibt ihnen das System sozusagen Ersparnisse gut. Was technischer Fortschritt, Kapitalakkumulation, Arbeit und Geschäftstüchtigkeit an Vermögen schaffen, fällt damit den Rentiers in den Schoß, während sie zu Hause sitzen oder sich anderen Aufgaben widmen.«¹⁵

Die Machtverschiebung zugunsten der Vermögensbesitzer wird durch die neoliberale Deregulierungs- und Privatisierungspolitik verschärft. Weitere Konsequenz dieser Konstellation ist die Rückkehr von Finanzmarktkrisen und damit eine latent deflationäre Konstellation der kapitalistischen Weltwirtschaft.

Theorie der vermögensgetriebenen Ökonomie

Diese Entwicklung hat zur Herausbildung der Theorie einer finanzgetriebenen Ökonomie geführt und eine entsprechende wirtschaftspolitische Konzeption begründet. Im Kern besagt diese Auffassung: Durch entsprechend ausgerichtete Notenbank- und Wirtschaftspolitik können die Marktwerte von Vermögen erhöht und für die ökonomische Stabilität nutzbar gemacht werden. »Bisher, so die Auffassung, hätten Gesellschaften nur langsam zu Wohlstand finden können, weil die Menschen zuerst sparen mussten, damit man danach investieren konnte. Heute könne man das abkürzen, indem man für ständig steigende Preise von Vermögenswerten Sorge. Diese würden die Leute für Belichtungszwecke benutzen können. [...] Mit den Krediten würden sie konsumieren oder weitere Vermögenswerte kaufen können [...] Ziel der Wirtschaftspolitik müsse also Wachstum durch Wertsteigerung sein. Das Wachstum der Realwirtschaft, also die Produktion von Gütern und Dienstleistungen, sei kein wirtschaftspolitisches Ziel oder höchstens ein zweitrangiges.«¹⁶

15 Ebenda. S. 73.

16 Fredmund Malik: Management. Frankfurt a. M. 2005. S. 118.

Innerhalb der Ökonomie hat sich als Grundgedanke der Wertschöpfung und Wohlstandsschaffung die These von der produktiven Kombination der drei Produktionsfaktoren Kapital, Arbeit und Boden durchgesetzt. Allerdings ist die Begründung z.T. nach wie vor strittig. Von der marxistischen Kritik der politischen Ökonomie und von Teilen der »alternativen Ökonomie« wird diese Theorie der Wertschöpfung grundsätzlich bestritten. Gleichwohl kann als allgemeiner Konsens gelten, dass gesellschaftlicher Wohlstand nicht durch Preis- oder Wertsteigerungen von Vermögenstiteln wie Wertpapieren oder Immobilien zustande kommt, sondern dass diese Wertveränderung die Konsequenz einer Wertschöpfung durch produktives Kapital sind. »Für alle Ökonomen, so verschieden sie auch sonst gedacht haben, war klar, dass Wohlstand nur durch Investitionen zu haben ist. [...] Wohlstandsschaffung durch Investitionen führt zu mehr Arbeitsplätzen und zu Beschäftigung. Dadurch wird Nachfrage geschaffen.«¹⁷

Parallel zum Prozess der Deregulierung und Entfesselung des Kapitals setzt sich mit der Hegemonie des Neoliberalismus eine »neue Reichtums- oder Wertschöpfungstheorie« durch. Der Kern dieser Konzeption, die unter US-Ökonomen vorherrscht, unter Politikern und fast unlimitiert im Management der Wirtschaft, basiert auf einer Überbetonung des Marktes, der Relativierung der Wertschöpfung durch beständig innovative Veränderungen in der Produktion. Sie ist eine plausibel erscheinende Rechtfertigung für Shareholder Value- und Wertsteigerungsstrategien und die darauf zwangsläufig resultierenden Exzesse.

Die Mitte der 1990er Jahre aufgekommene neue Reichtumstheorie steht in engem Kontext mit der Politik der US-amerikanischen Notenbank und der Entwicklung von Vermögensblasen. »Die Reichtumstheorie beruht auf dem Glauben, dass Börsen ohne nennenswerte Rückschläge nur steigen, oder dass es – wenn eine Blase platzt – immer wieder neue Spekulationsblasen in einem anderen Sektor der Wirtschaft geben wird.«¹⁸ Die Notenbank könne diese Blasenbildung nicht bekämpfen oder einer solchen Entwicklung entgegenwirken. Im Prinzip wird selbst eine Mitverantwortung an dieser Entwicklung bestritten.

17 Ebenda. S. 121.

18 Ebenda. S. 120.

Verständlich wird diese neue Reichtumstheorie vor dem Hintergrund der starken inflationären Entwicklung in den 1970er und 1980er Jahren. Gegenüber einer inflationär geprägten Ökonomie beharren die Vertreter der neuen Reichtumstheorie auf einem konsequenten Kampf gegen die Preissteigerungen. Der Rückgang der Inflationsrate bis in die Nähe der Preisstabilität sei Vorbedingung für eine erfolgreiche Vermögenspolitik.

Alternativen

Das im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts entstandene angelsächsische Akkumulationsmodell zielt darauf, aus dem eingesetzten Kapital eine maximale Rentabilität herauszuholen, was unbeschadet der kurzzeitigen Erfolge auf eine Ablösung der Unternehmermentalität durch die Dominanz der Finanzansprüche hinausläuft. In der Logik des angelsächsischen Modells des Kapitalismus gewinnt der Blick auf die Wertzuwächse des Portefeuille das Übergewicht gegenüber einer Revolutionierung von Produkt und Produktionsprozess. Gleichwohl werden über diesen Gesichtspunkt der Finanzialisierung des kapitalistischen Produktionsprozesses durchaus Produktivitätspotentiale und Verwertungsspielräume erschlossen. Gleichermaßen trägt die Übertragung dieser Bewertung und Einstellung auf gesamtgesellschaftliche Verhältnisse zunächst zu einer größeren Kosteneffizienz bei.

Eine vernünftige Zukunft ist nur durch einen Politikwechsel zu verwirklichen, der ausgehend von den realen kapitalistischen Strukturen eine aktive Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik mehrheitsfähig machen will: Es gilt die bisherigen Gründe für eine stagnierende, absturzfähige Ökonomie aufzuheben und in einer veränderten Arbeits- und Lebensweise mit großen technologischen Anstrengungen den Übergang zu einem neuen Energiesystem durchzusetzen

Kapitalistische Marktwirtschaften produzieren soziale Ungleichheit. Im sozial regulierten Kapitalismus der Nachkriegsperiode war diese Ungleichheit auf ein weithin akzeptiertes Maß reduziert worden. In den zurückliegenden Jahrzehnten ist dieser Ausgleichs- und Regulierungsmodus zerstört worden. Der Anteil der Lohnarbeit am Volkseinkommen sinkt und die Auseinandersetzung um den Mindestlohn

belegt, in welchem hohem Umfang mittlerweile keine existenzsichernden Löhne mehr gezahlt werden.

Was weniger im Focus der gesellschaftlichen Öffentlichkeit steht, ist, dass unter den Bedingungen des Finanzmarktkapitalismus auch die allgemeinen Produktions- und Lebensbedingungen – also die Infrastruktur des gesamten Raumes – zunehmend prekär werden. Brückenzusammenbrüche, geborstene Dämme, marode Schienennetze u.a. sind der konkrete Ausdruck dieser Fehlentwicklung. Für die USA wird das Defizit bei der Erhaltung der Infrastruktur für die nächsten fünf Jahre auf 1,6 Billionen Dollar taxiert. Die wirtschaftliche und soziale Infrastruktur sowie die öffentlichen Dienste haben nicht nur die Aufgabe eine flächendeckende Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen sicherzustellen. Neben der Sicherstellung eines gleichen Zugangs für alle gibt es vielmehr auch das Ziel der Herstellung eines sozialen oder regionalen Ausgleichs.

Bis in die 1970er Jahre hinein wurden die Strukturen der öffentlichen Güter und ihrer Produktion nicht in Frage gestellt. Anschließend setzt eine Tendenz zur fortschreitenden Privatisierung ein. Die Transformation erstreckt sich sowohl auf die allgemeinen Bedingungen der Produktion, als auch auf die Institutionen sozialer Sicherung (Rente, Krankenversicherung etc.) sowie auf Kerninstitutionen des Staates. Wir werden solange keine wesentlichen Fortschritte in Richtung einer anderen Produktions- und Lebensweise erreichen können, solange wir die Gestaltung dieser Bereiche selbst der Kapitalverwertung übertragen. Die mächtige Phalanx aus Big Business und Finanzmarkt-Akteuren widersetzt sich nicht nur einer neuartigen Vollbeschäftigungs- und Arbeitszeitpolitik, sondern zugleich werden eine unzureichende Entwicklung der Technologien, die negativen Folgen des fossil geprägten Energiesystems und der Verfall der gesellschaftlichen Infrastruktur in Kauf genommen.

Schon Keynes warnte zurecht : »Wenn die kapitalistische Gesellschaft eine gleichmäßigere Einkommensverteilung verweigert [...], dann wird am Ende eine andauernde Tendenz in Richtung Unterbeschäftigung von Ressourcen diese Form der Gesellschaft schwächen und zerstören.«¹⁹ Die Schlussfolgerung ist m. E. eindeutig: Nach der

¹⁹ John M. Keynes: Wirtschaftliche Möglichkeiten für unsere Enkelkinder(1950). In: Norbert Reuter: Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität. Marburg 1998. S. 138.

Rekonstruktion und mit der Herausbildung einer Vollbeschäftigungskonstellation gilt es in die Verteilungsverhältnisse einzugreifen, den Übergang in einen neuen Energiemix durchzusetzen und durch Arbeitszeitverkürzung, Ausweitung sozial-kultureller Dienste und die Förderung »sinnvollen« Konsums den Übergang in eine andere Ökonomie zu organisieren. Keynes entwirft in dem Essay über die »Wirtschaftlichen Möglichkeiten unserer Enkel« eine konkrete Utopie einer Gesellschaft des Überflusses: Weil die materiellen Bedürfnisse befriedigt sind, »können wir unsere Energie wieder nicht-ökonomischen Zielen zuwenden«. Es gibt wichtigere Dinge im Leben als Wirtschaft und Arbeit. Nachdem den Enkeln ein um das Vier- bis Achtfache üppigerer gesellschaftlicher Wohlstand zur Verfügung stünde, könnten sie es sich leisten, ihr Leben völlig frei und ungezwungen zu genießen. Doch ganz ohne Arbeit hält es niemand aus, befürchtet Keynes, weshalb er für eine Fünfzehn-Stunden-Woche für alle plädiert. Der Kapitalismus schrumpft zur Nebensache. »Drei Stunden täglicher Arbeit müssen reichen, um den alten Adam in uns zufrieden zustellen.«

KLAUS MÜLLER

Geldpolitik und solidarische Ökonomie – einige grundsätzliche Bemerkungen

Unter solidarischer Ökonomie sollen Alternativen zur profitgesteuerten Wirtschaft neoliberaler Provenienz verstanden werden, die nicht nur genossenschaftliche Projekte, selbstverwaltete und ähnlichen Formen wirtschaftlicher Betätigung umfassen, sondern im weiteren Sinne auch eine sozial und ökologisch orientierte Wirtschaftspolitik einschließen. Ziel dieser Konzepte ist es, schwachen und benachteiligten Gruppen Chancen für ein erfülltes Leben zu bieten und diese Menschen in angemessener Weise am wachsenden Wohlstand zu beteiligen.

Zu fragen ist, ob die Geldpolitik den Ansprüchen einer sozialen Zielen verpflichteten Wirtschaftspolitik gerecht werden bzw. wie ihr Platz innerhalb einer humanen Wirtschaft bestimmt werden kann.¹

Zielkonflikte zwischen Preisstabilität und hohem Beschäftigungsstand?

Mit Variationen der Leitzinsen und Geldmengen – ihren angeblich »schärfsten Waffen« – könnten Zentralbanken die Lebenshaltungskosten, das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigungsgröße in ihren Währungsräumen bestimmen. Der Leitzins ist der Preis, zu welchem sich die Geschäftsbanken Geld von der Zentralbank borgen. Steigt dieser, müssten die Kreditinstitute den Zins für die von ihnen gewährten Darlehen auch erhöhen. Unternehmen investierten dann weniger, weil das zu Investierende zu teuer und die Investitionsalternativen auf den zinsbringenden Märkten attraktiver geworden sind.

1 In diesem Aufsatz werden keine konkreten Konzepte einer solidarischen Ökonomie besprochen, in denen es vorrangig um Formen des Wirtschaftens jenseits von Markt und Staat geht, sondern ausschließlich die Frage untersucht, ob und wie die Geldpolitik als Teil einer sozial- und gemeinwohlorientierten Wirtschaftspolitik gestaltet werden und damit den Ansprüchen einer solidarischen Ökonomie genügen kann.

Verbraucher schränken aus ähnlichen Gründen die Kreditaufnahme ein. Die Nachfrage nach konsumtiven und investiven Gütern und Dienstleistungen sinkt. Für die Anbieter werde es schwieriger, Preiserhöhungen durchzusetzen. Der Preisauftrieb werde so durch die Hochzinspolitik und Geldverknappung der Zentralbank gedämpft, allerdings, quasi als unerwünschte Nebenwirkung, dabei Investitionen und Produktion abgewürgt.

Umgekehrt pflanze sich eine Leitzinssenkung der Zentralbanken ebenfalls auf den Märkten fort und rege die Nachfrage nach Investitions- und Konsumgütern an. Das Wirtschaftswachstum belebe sich, die Beschäftigung nehme zu, jedoch werde diese positive Entwicklung von einem unerfreulichen Preisauftrieb begleitet, weil zu viel billiges Geld vorhanden sei.

Das ist die Quintessenz des wirtschaftswissenschaftlichen Mainstream zu Fragen der Geldpolitik und es scheint so, als beeindrucke diese Argumentation auch linke, nach Alternativen suchende Ökonomen, die mitunter sogar ganz auf diese Linie eingeschwenkt zu sein scheinen, so zum Beispiel, wenn behauptet wird, die auf Preisstabilität gerichtete monetaristische Geldpolitik drossle das Wachstum langfristig und sei damit die eigentliche Ursache der Massenarbeitslosigkeit.² Nur selten wird dabei die Brüchigkeit jener in sich durchaus schlüssigen Erklärungsabfolge thematisiert,³ vielmehr ein Zielkonflikt akzeptiert, der Konsequenz mehr oder weniger fragwürdiger Annahmen ist. Meist gipfelt die Kritik von links im Vorwurf, die Europäische Zentralbank habe in ihrem Wahn, die Preise zu stabilisieren, in verantwortungsloser Weise das Wachstums- und Beschäftigungsziel aufgegeben. Wird ihr darüber hinaus attestiert, dabei sogar erfolgreich gewesen zu sein, zeigt das, wie gängige Argumentationsmuster des neoliberalen Gedankengebäudes (vermutlich eher ungewollt)

2 Vgl. Heiner Flassbeck / Friedericke Spiecker: Das Ende der Massenarbeitslosigkeit. Mit richtiger Wirtschaftspolitik die Zukunft gewinnen. Frankfurt a. M. 2007. S. 177; Jürgen Leibiger: Lafontaines Ex-Staatssekretär über die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit. In: Sozialismus. Heft 1/2008. S.60f. (Rezension zu Flassbeck / Spiecker)

3 Dazu: Klaus Müller: Alternative Geldpolitik – Irrweg oder Chance? In: Legitimationskrise des Neoliberalismus – Chance für eine neue politische Ökonomie? Diskurs. Streitschriften zur Geschichte und Politik des Sozialismus. Hrsg. von Hans-Georg Draheim und Dieter Janke. Leipzig 2007. S. 71ff

übernommen und die Kritik auf eine vermeintlich falsche (unsoziale) Akzentuierung politischer Einflussmöglichkeiten reduziert wird, ohne wenigstens zu versuchen, die Richtigkeit des vorgegebenen theoretischen Grundzusammenhangs zu überprüfen. Die solidarische Alternative reduziert sich in diesem Kontext auf den Vorschlag, Wachstum und Beschäftigung wieder in das geldpolitische Mandat der Europäischen Zentralbank einzubinden,⁴ so wie es das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz aus dem Jahre 1967 für die Bundesbank vorsah.

Angesichts einer anhaltend hohen, in den letzten Monaten durch einen sanften konjunkturellen Aufschwung ein wenig geminderten Massenarbeitslosigkeit, teuer erkaufte durch eine Zunahme von Billiglohnjobs, die nicht genügend Einkommen bringen, um den Lebensunterhalt oberhalb der Armutsgrenze zu bestreiten, ist es begreiflich, dass Ökonomen (übrigens meist zu Unrecht mit dem Blick auf die USA, wo dies mit Erfolg praktiziert werde) die Geldpolitik von ihrer einseitigen Fokussierung auf die Geldwertstabilität abzubringen versuchen und ihr eine wachstums- und beschäftigungsfördernde Verpflichtung auferlegen möchten.

Die vermeintliche Austauschbeziehung (Trade off) zwischen Preisstabilität und Vollbeschäftigung (Inflation und Arbeitslosigkeit), wie sie (er) im Rahmen der Phillipskurvendiskussion diskutiert wurde,⁵ ist ein Konstrukt, das nur auf der Basis rigider Annahmen nicht unlogisch erscheint. Mit der jüngeren Wirklichkeit hat sie wenig zu tun. Da in der Realität seit Jahren beide Ziele nachhaltig gestört sind, der Stagflationsbegriff hat sich für die Synchronität inflationärer und stagnativer Erscheinungen eingebürgert, ist es verwunderlich, weshalb der Glaube, man habe die Wahl, das eine Übel dem anderen vorzuziehen, sich so hartnäckig zu halten scheint (aber das ist wohl Merkmal eines jeglichen Glaubens, dass er der Realität gerade nicht bedarf).

4 Vgl. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Memorandum 2006. Köln 2006. S.205f.

5 Die Phillips-Kurven-Diskussion ist seit den 1970er Jahren durch das NAIRU-Konzept (non accelerating inflation rate of unemployment) abgelöst worden, das aber wie diese letztlich ebenfalls darauf hinausläuft, den Arbeitnehmern zu suggerieren, sie hätten nur die Wahl, eine bestimmte Arbeitslosenquote zu akzeptieren oder Realeinkommensverluste infolge beschleunigter Inflation hinzunehmen. Vgl.: Jürgen Leibiger: Die NAIRU und Marx' Theorie der industriellen Reservearmee. [Unveröffentlicht, erscheint in Z. Zeitschrift für marxistische Erneuerung.]

Nicht verwundert aber, dass der Keynesianismus als Theoriensystem zu Beginn der 70er Jahre just in dem Moment an Bedeutung und Akzeptanz verlor, als die Wirklichkeit gegen die Austauschbarkeit von Inflation und Arbeitslosigkeit zu sprechen schien und damit auch offensichtlich wurde, dass die keynesianische Wirtschaftspolitik gescheitert war. Mit dem Argument, die Austauschbarkeit sei keineswegs widerlegt, nur die Dimensionen dieses Austausches hätten sich geändert, waren die theoretischen und wirtschaftspolitischen Bastionen des Keynesianismus nicht zu halten. Die neoklassischen, angebotsorientierten Ökonomen, die für die Gemeinsamkeit von Inflation und Arbeitslosigkeit wenigstens eine, wenn auch falsche, Erklärung bereithielten, sahen sich im Aufwind.

Tabelle 1: Inflationsraten und Arbeitslosenquoten

Jahr	Arbeitslosenquote in % (bis 1990 früheres Bundesgebiet)	Preisindex für Lebenshaltung (ab 1995 Verbraucher- preisindex)
1950	11,0	100
1955	5,6	109,8
1960	1,5	120,4
1965	0,7	138,5
1970	0,7	154,9
1975	4,7	207,6
1980	5,8	251,1
1985	9,5	305,4
1990	7,2	325,9
1995	10,4	378,8
2000	10,7	405,4
2005	13,0	436,9
2006	12,0	444,2

Quelle: Eigene Berechnungen auf der Grundlage von Angaben des Statistischen Bundesamtes Deutschland <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistik>. (26.11.2007)

Vor allem: Wenn beide Ziele *gleichzeitig* nicht erreicht werden, kann dies nicht nur als Beleg gegen die Existenz eines starren Trade offs zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit gelten, sondern auch dafür,

dass Bedingungen denkbar sind, unter denen Preisstabilität *und* ein hoher Beschäftigungsstand eben doch gemeinsam möglich sind.

So verständlich und solidarisch die Forderung sein mag, von der Zentralbank eine wachstumsfördernde und beschäftigungssichernde Geldpolitik zu verlangen, müsste die Linke andererseits froh darüber sein, wenn es wenigstens gelungen wäre, die Stabilität der Preise zu sichern. Die Untergrabung der Preisstabilität bedeutet, Einkommen zugunsten jener Bevölkerungsteile umzuverteilen, die selbst Preise festlegen und Preiserhöhungen weiter wälzen können. Diejenigen, die dazu nicht in der Lage sind, sind die Verlierer der Inflation. Ohne den kaum ergiebigen Streit darüber fortsetzen zu wollen, ob die Arbeitslosigkeit oder die Inflation das größere Übel von beiden sei bzw. der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit Vorrang vor der Sicherung der Preisstabilität gebühre (oder umgekehrt), sollte nicht übersehen werden, dass Kaufkraftverluste infolge einer Geldentwertung 100 Prozent der Arbeitnehmer und Rentner betreffen, während von der Arbeitslosigkeit unmittelbar, je nach schwankender Beschäftigungsquote, »nur« 10 bis 20 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung, diese aber in einer sehr bedrückenden Weise und mit einer erdrückenden Intensität, betroffen sind. Für das Bemühen um Preisstabilität gebührte der offiziellen Politik demnach die Anerkennung der solidarischen Linken, würde da nicht Schein düsteres Sein umhüllen. Denn Preisstabilität zu wahren, hieße, die Umverteilung über die Preise von denen, die wenig haben, zu denen, die viel besitzen, zu verhindern – ein ganz außerordentlicher Beitrag zu einer solidarischen Ökonomie.

Alternative Ökonomen sollten weniger über die Rangfolge wirtschaftspolitischer Globalziele meditieren. In der praktischen Politik wird ohnehin Vorrang genießen, wovon man gerade am weitesten entfernt ist.

Für eine solidarische Ökonomie kann es aber nicht um Preisstabilität *oder* Vollbeschäftigung gehen. Gebraucht werden Konzepte, mit denen der Geldwert erhalten *und* die Arbeitslosigkeit zugleich verringert werden können. Es geht um eine Anti-Stagflationspolitik! Beide Ziele gleichzeitig anzustreben – null Prozent Inflation *plus* null Prozent Arbeitslosigkeit –, ohne das eine gegen das andere auszuspielen, erfordert Maßnahmen gegen die Stagflation. Dazu ist es erforderlich, zunächst die Ursachen der Stagflation aufzudecken.

Stagflation und Monopolkapitalismus

Oberflächlich betrachtet, ist der Lohn-Beschäftigungszusammenhang nicht schwer zu durchschauen. Wie viele Arbeitsplätze angeboten werden, hängt von der Nachfrage auf den Gütermärkten und davon ab, mit welcher Produktivität der Güterbedarf gedeckt werden kann. Im klassischen konjunkturellen Aufschwung stiegen Güternachfrage, mit dieser die Nachfrage nach Arbeitskräften sowie die Löhne und Preise. Im Abschwung sanken Güternachfrage, Arbeitskräftenachfrage, Löhne und Preise. Dies wurde durch das originäre Phillips-Kurven-Theorem (eine positive Beziehung zwischen Löhnen und Beschäftigung) und durch dessen modifizierte Version – Samuelson und Solow erinnerten sich daran, dass Löhne nicht nur mit der Beschäftigungsgröße, sondern angeblich auch mit den Preisen positiv korrelierten und mutmaßten, dass zwischen Löhnen, Preisen und Beschäftigung eine Dreiecksbeziehung bestehen könnte – empirisch-statistisch belegt. Andererseits wirken Lohnveränderungen auf die Arbeitskräftenachfrage zurück: Steigende Löhne senken unter sonst gleichen Umständen, sinkende Löhne können unter sonst gleichen Umständen die Bereitschaft der Arbeitgeber erhöhen, Arbeitssuchende einzustellen. Dominiert diese Wirkungsrichtung, wäre der Zusammenhang zwischen Löhnen und Beschäftigung negativ. Welcher Ursache-Wirkungszusammenhang vorherrschend und welcher davon abgeleitet ist, hängt von der historisch-konkreten Beschaffenheit des wirtschaftlichen Gesamtumfeldes ab. Generell aber gilt: »Im großen und ganzen sind die allgemeinen Bewegungen des Arbeitslohnes ausschließlich reguliert durch die Expansion und Kontraktion der industriellen Reservearmee, welche dem Periodenwechsel des industriellen Zyklus entsprechen.«⁶ Außerdem: Sinkende Löhne werden bei gegebenem Technisierungsgrad den Arbeitseinsatz nur dann erhöhen, wenn die Auftragslage bzw. die Marktsituation dies rechtfertigen. Kein Unternehmer wird zusätzliche Arbeitskräfte einstellen, für die er mangels Nachfrage keine Arbeit hat, nur weil die Löhne niedrig sind. Erst recht nicht wird er modernes durch »veraltetes« Sachkapital ersetzen, nur weil das niedrige Lohnniveau aus seiner Sicht und für sich betrachtet Neueinstellungen von Arbeitskräften rechtfertigen würde.

6 Karl Marx: Das Kapital. Bd. I. In: MEW. Bd. 23. S. 666.

Für nachfrageorientierte Ökonomen der keynesschen Schule sind hohe Löhne Ausdruck und *Wirkung* von Vollbeschäftigung und einer hohen Nachfrage nach Arbeitskräften, für die angebotsorientierten Kontrahenten aus dem neoklassischen Lager sind hohe Löhne aber zuallererst die *Ursache* für einen Rückgang der Arbeitskräftenachfrage und damit für die Arbeitslosigkeit.⁷ Beide Wirkungsaspekte sind, jeweils für sich betrachtet, nicht falsch, doch ihre jeweilige Herauslösung aus einem wechselseitigen Kausalzusammenhang verabsolutiert jeweils die Partialsicht, was um so schwerwiegender ist, da nicht zwischen dominanten und davon abgeleiteten Zusammenhängen unterschieden wird. Beiden kontroversen Denkrichtungen (Keynesianismus: zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit bestehe ein substitutiver Zusammenhang; Neoklassik: zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit bestehe ein komplementärer Zusammenhang)⁸ liegt eine weitere fehlerhafte Behauptung gemeinsam zugrunde: die Unterstellung einer quasi naturgesetzlichen Lohn-Preis-Proportionalität. Empirisch scheinbar zweifelsfrei nachweisbar (steigende Löhne sind für die Arbeitgeber Vorwand, die Preise zu erhöhen; steigende Preise sind für die Arbeitnehmer Anlass, höhere Löhne zu fordern), ist die These von der Lohn-Preis-Spirale theoretisch anfechtbar, weil

- a) Lohnerhöhungen, erfolgen diese im Ausmaß des Produktivitätsanstieges, verteilungsneutral sind und damit keinen Preissteigerungsbedarf begründen können, erfolgen sie unterhalb des Produktivitätsanstiegs, sich die Verteilung weiter zugunsten der Gewinnempfänger verschiebt,
- b) eine Proportionalität von Löhnen und Preisen bei gegebener Produktivität zu fordern, hieße zu behaupten, die gerade gegebene Verteilung sei naturgesetzlich und alternativlos (mathematisch ist es unsinnig, die Konstanz jeglicher Verteilung zu beschwören, so groß auch die sozialen Widerstände gegen deren Korrektur sein mögen),

7 Klaus Müller: Das neoklassische Lohn- und Beschäftigungsmodell – Kritik seiner wirtschaftspolitischen Ableitungen. In: UTOPIE kreativ. H. 148 (Februar 2005). S. 159–168.

8 Es verwundert nicht, dass immer gerade jene Ansicht in Mode ist, die scheinbar durch die Realität belegt werden kann. Der Zusammenfall wachsender Arbeitslosenquoten mit steigenden Inflationsraten scheint daher, oberflächlich betrachtet, der neoklassischen Argumentation Recht zu geben.

- c) schließlich die Preise einst im Konjunkturzyklus nicht deshalb stiegen und fielen, weil sie »automatisch« den Löhnen folgten, sondern weil Veränderungen der Angebot-Nachfrage-Konstellationen auf den Gütermärkten diese Preisschwankungen hervorriefen und
- d) nirgendwo Preise ausschließlich auf Basis von Arbeitskosten kalkuliert werden, wobei noch dazu im Ergebnis fortschreitender Produktivitätsentwicklung der Anteil der Personalkosten an den Gesamtkosten rückläufig ist und in hochautomatisierten Fertigungen selten über 10 Prozent beträgt,
- e) selbst dann, wenn es den Arbeitnehmern gelänge, Verteilungskorrekturen zu ihren Gunsten durchzusetzen (Löhne müssten dann stärker als Preise und Produktivität zusammen steigen), dies keineswegs unvermeidlich, quasi naturgesetzlich, Inflation und Massenarbeitslosigkeit nach sich zöge. Verändert würde zunächst lediglich die Struktur der Einkommensverteilung, nicht jedoch die Größe des zu verteilenden Einkommens. Es änderte sich auch nicht die Höhe der potenziellen zahlungsfähigen Nachfrage, sondern nur ihre Struktur. Das kann aber zunächst weder bestimmend für das Preisniveau noch für die Höhe des Produktionsangebots und damit für die Zahl der Arbeitsplätze sein. Allerdings ist letztlich sogar mit einem positiven Effekt zu rechnen, weil die Konsumneigung der niederen Einkommen zweifelsfrei höher als die der großen Einkommen ist.

Einen Kompromiss zwischen den beiden scheinbar so gegensätzlichen Auffassungen, die lediglich zwei widersprüchliche Seiten eines komplexeren Zusammenhangs widerspiegeln, versuchen Ökonomen der neomonetaristischen Schule. Sie behaupten, die »Austauschbeziehung« zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit existiere nur kurzfristig. Langfristig dagegen treffe die neoklassische Erklärung zu. Hierbei wird zunächst unterstellt, dass bei einer Erhöhung der Geldmenge die Warenpreise schneller stiegen als die der Produktionsfaktoren, so dass über ein Sinken der Reallöhne ein weiterer Beschäftigungszuwachs eintrete. Das ist im Kern die keynesianische Auffassung, derzufolge der Weg zu einem hohen Beschäftigungsstand nur über die Inflation führe. Grundlage dafür sei aber nach Auffassung der Monetaristen lediglich, dass die von den Arbeitern und ihren Organisationen erwarteten Preissteigerungen (die sie durch Lohnforderungen zu kompen-

sieren versuchen) unter den tatsächlichen Lagen. Wird die allgemeine Preisniveauerhöhung unterschätzt, werden Nominallohnsteigerungen als Realloohnerhöhungen interpretiert. Da aber mit zeitlicher Verzögerung die Arbeiter die höheren Preissteigerungen in ihre Erwartungen einbezogen und folglich einen entsprechend größeren Nominallohnezuwachs verlangten, werde der neoklassische Lohn-Beschäftigungs-Mechanismus in Gang gesetzt. Durch ihn werde das alte Niveau der Arbeitslosigkeit nach einer gewissen Anpassungsperiode wieder erreicht, jedoch mit dem Unterschied, dass die Inflationsrate jetzt höher ist als früher. Die Diskrepanz zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit könne deshalb nur vorübergehend sein bzw. eine expansive Geldpolitik könnte kurzfristig nur positive Produktions- und Beschäftigungseffekte aufweisen, solange die Arbeitnehmer ihren Irrtum nicht erkennen bzw. sich ihrer unzureichenden Informationsausstattung nicht bewusst würden (Misperceptions Theory). Auf die Dauer aber seien beide Erscheinungen miteinander vereinbar, d. h. die Arbeitslosigkeit mit einer Inflation nicht zu beseitigen.⁹

Hintergrund dieser Argumentation ist die neoklassische Auffassung, dass die Geldmenge auf güterwirtschaftliche Transaktionen keinen Einfluss habe. Diese »Neutralität« des Geldes bestehe darin, dass Geld wie ein Schleier die güterwirtschaftlichen Transaktionen überdecke, ohne sie zu verändern. Der monetäre, geldwirtschaftliche Bereich ist streng vom realen, güterwirtschaftlichen Bereich der Volkswirtschaft getrennt. Diese Sichtweise ist unter dem Begriff der neoklassischen Dichotomie bekannt geworden. Die Geldmenge wirke ausschließlich im monetären Bereich: Ihre Veränderungen könnten immer nur die Höhe des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus bestimmen.

Diese vereinfachenden Vorstellungen sind unhaltbar: Sie gehen von der Annahme aus, dass die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes und das reale Volkseinkommen gegebene und unbeeinflussbare Größen darstellten. Die Umlaufgeschwindigkeit sei zumindest kurzfristig konstant und die Höhe des realen Volkseinkommens werde entsprechend des Sayschen Theorems (jedes Angebot schaffe sich seine eigene Nachfrage) durch die realen Produktions- und Angebotsbedingungen, die in einer Volkswirtschaft herrschen, bestimmt, während

⁹ Vgl. Milton Friedman: Die Rolle der Geldpolitik. In: Die optimale Geldmenge und andere Essays. Frankfurt a. M. 1976. S. 148.

die Zentralbank unabhängig davon die Geldmenge exogen steuere. Unter diesen Annahmen zeigt die Quantitätsgleichung des Geldes, dass die Geldmenge, bestimmt durch die Zentralbank, und das allgemeine Preisniveau proportional und gleichgerichtet variieren. Nun sind zwar die dem Schluss zugrunde liegenden Annahmen möglich, nicht aber deren Ausschließlichkeit. Außerdem sind Preisbewegungen i. d. R. originär und ziehen Geldmengenänderungen nach sich. Da individuelle Preisänderungen fast immer zugleich auch die Struktur der Preise modifizieren, können damit verbundene Bewegungen der Geldmenge auch Veränderungen der relativen Preise und damit der güterwirtschaftlichen Transaktionen widerspiegeln.

Tatsächlich können Geldmengenänderungen a) nur die Preise, b) nur die Produktionsmengen, c) Preise und Produktionsmengen in gewissen Proportionen oder d) weder Preis noch Produktionsmengen beeinflussen, letzteres, wenn sie in veränderten Kassenbeständen aufgefangen werden. Die konkrete Wirkung hängt von der Beschaffenheit des Gesamtumfeldes ab, auf das ein Geldmengenimpuls trifft.

Es handelte sich daher um einen theoretischen Fauxpas, nur weil sich Inflation und Arbeitslosigkeit nicht mehr wie im Konjunkturzyklus vergangener Jahrhunderte ausschließen, sondern sich offenbar recht gut miteinander vertragen, ausgerechnet die neoklassische oder neomonetaristische Begründung (letztere eine Form der neoklassischen Synthese, die partiell neokeynesianische Erklärungselemente akzeptiert, diesen aber gegenüber dem sich scheinbar langfristig immer wieder durchsetzenden neoklassischen Zusammenhang nur eine subalterne und kurzfristige Rolle zuweist) für die Gemeinsamkeit beider Erscheinungen zu akzeptieren.¹⁰

Preissteigerungen und Beschäftigungsabbau sind eben nicht die gemeinsame Wirkung zu hoher Löhne, worauf die neoklassische Begründung im Kern hinausläuft. Es ist ein schlechter Witz, wenn der Wissenschaft offenbar nichts anderes einfällt, als alle Übel der ökonomischen Welt auf zu hohe Löhne zurückzuführen, und dies unbeeindruckt davon, dass der Anteil der Löhne in hochmechanisierten und

¹⁰ Auch die keynesianischen Theoretiker haben weiter nachgedacht: Ihre NAIRU- und NAWRU-Konzepte (NAWRU=non accelerating wage rate of unemployment) stellen den Versuch dar, die These von der Substitutionalität von Inflation und Arbeitslosigkeit theoretisch unter Bedingungen zu verteidigen, in denen die Austauschbarkeit dieser Erscheinungen empirisch nicht mehr evident ist.

automatisierten Fertigungen an den Gesamtkosten rückläufig ist und auch die volkswirtschaftliche Nettolohnquote von 48,1 Prozent im Jahre 1991 auf 58,8 Prozent im ersten Halbjahr 2007 sinkt.¹¹ Auch wird das Wesen der Stagflation nicht erfasst, wenn die permanente Selbsttäuschung der Lohnempfänger und deren Bestreben, die dadurch eingetretenen Einkommensverluste später wieder wettzumachen, als Kern des Problems gesehen werden.

Anhaltende stagflationäre Erscheinungen resultieren nicht daraus, dass eine der beiden Wirkungsrichtungen in der Wechselbeziehung zwischen Löhnen und der Beschäftigung plötzlich wichtiger als die gegenläufige geworden wäre, sondern sie müssen im Zusammenhang mit den Prozessen gesehen werden, die die freie Konkurrenz und den klassischen Krisenzyklus weitgehend außer Kraft setzten. In diesem Zusammenhang spielen folgende Aspekte eine Rolle:

- Konzentration und Zentralisationsprozesse, der Siegeszug der Oligopole und Monopole erschließen einerseits den Produktivkräften neue Entwicklungsmöglichkeiten, die mit wachsenden Kapitalminima, einer zunehmenden organischen Zusammensetzung des Kapitals (Sachkapital verdrängt Arbeitskräfte) und erhöhten Anforderungen an den Ausbau von nicht oder nur wenig rentablen Bereichen der Infrastruktur verbunden sind. Dies führt andererseits zur Verschlechterung der Verwertungsbedingungen, die sich bei wachsenden Gewinnmassen im tendenziellen Fall der Profitrate (Kapitalrentabilität) äußert. Monopole und Oligopole versuchen dank ihrer marktbeherrschenden Position durch eine verstärkte Umverteilung des Nationaleinkommens über die Preise dieser Tendenz entgegenzuwirken.
- Dabei untergraben sie dauerhaft den Angebot-Nachfrage-Mechanismus, halten Angebot zurück, lasten Teile ihrer Kapazitäten nicht aus, vernichten dadurch Arbeitsplätze, setzen die Preise und beseitigen die klassische Zyklizität der Preisentwicklung. Allerdings steigt das Preisniveau in rezessiven Phasen weniger stark als in konjunkturellen Aufschwungphasen. Insofern ist auch die modifizierte Preis-

¹¹ Löhne in Prozent des verfügbaren Einkommens aller privaten Haushalte nach der öffentlichen Umverteilung. Vgl. Claus Schäfer: Erste Reue über Verteilungssünden? – Zur Einkommensentwicklung 2006. In: WSI-Mitteilungen. Heft 11/2007. S. 580.

dynamik noch immer zu einem Teil konjunkturbedingt. Da aber Preisniveausenkungen selbst in stagnativen Wirtschaftsphasen monopolistisch unterbunden werden, wird die zahlungsfähige Nachfrage real begrenzt. Daraus und aus absoluten Sättigungstendenzen (vor allem bei höheren Einkommensschichten) resultieren eine Verlangsamung des Tempos wirtschaftlichen Wachstums und die Verringerung von Arbeitsplätzen. Die oligopolistische und monopolistische Struktur der Volkswirtschaften verhindert, dass Überangebot und Marktsättigung wie noch im Kapitalismus der freien Konkurrenz mit dem Mittel der Preisunterbietung entgegen zu wirken versucht wird.

- Monopolistische Preis- und Gewinnsteigerungen auf Vorstufen erscheinen auf den nachgelagerten Stufen als Kostenerhöhungen, werden dort einerseits über höhere Absatzpreise weitergewälzt und zwingen andererseits dazu, die gestiegenen Kosten zu kompensieren, indem der Umfang anderer Kostenarten gemindert wird, was offenbar im Zusammenhang mit dem Produktivitätsanstieg beim subalternen Personal am leichtesten und nachhaltigsten zu gelingen scheint.
- Monopolistische und hetero-polypolistische Konkurrenz erfordern den Ausbau wissenschaftlich-technischer Zentren, erhöhen die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung, für Werbung, Verpackung, Verwaltung, Marktforschung und Marktbearbeitung, Aufwendungen, die allesamt auf die Preise abgewälzt werden. Diese Art der monopolistisch-oligopolistischen Konkurrenz beschleunigt den wissenschaftlich-technischen Fortschritt und mit ihm den moralischen Verschleiss. Das zwingt zu Neuinvestitionen noch bevor der physische Verschleiss der Maschinen und Anlagen beendet ist, was höhere Abschreibungen bewirkt und, wird mit Fremdkapital gearbeitet, auch zu einer höheren Zinsbelastung führt. Beide Faktoren wirken preissteigernd.
- Monopolistische bzw. oligopolistische Konkurrenz und das Streben nach Maximalprofit zwingen zur Anwendung neuer wissenschaftlicher und technischer Kenntnisse. Die so erschlossenen Rationalisierungspotenziale ermöglichen große Leistungssteigerungen, bremsen aber zugleich Erweiterungsinvestitionen. Die Arbeitsproduktivität wächst schneller als die Produktion, Arbeitskräfte werden aus dem Produktionsprozess verdrängt.

- Eine hohe Verschuldung der Unternehmen und des Staates führt zu einem Anstieg der Zinsen, der Zinslast und der Zinskosten, die einerseits von marktbeherrschenden Unternehmen in steigenden Preisen weitergegeben werden, also inflationäre Prozesse begünstigen statt diese zu hemmen, und andererseits zwingen sie weniger robuste Firmen zu Einsparungen im Personalbereich (Kostensubstitution), wodurch die Arbeitslosigkeit bei zunehmender Inflation größer wird. Für Rüstung und Krieg veranschlagten zum Beispiel die USA im Jahre 2006 425 Mrd. Dollar. Das Geld wird am Kapitalmarkt geliehen. Die Nachfrage nach Geld und mit ihr die Zinsen steigen nicht nur in den USA, sondern auch im Ausland.
- Sättigungstendenzen auf den Konsumgütermärkten in oberen Einkommenssegmenten, Reallohnverluste und mangelnde Kaufkraft in den unteren und mittleren Einkommensschichten, weil die Verbraucherpreise rascher steigen als die nominalen Löhne, reduzieren Nachfrage und Aufträge, Produktions- und Beschäftigungsmöglichkeiten. Insofern trägt die Inflation über die Verschärfung der Realisierungsprobleme zur Erhöhung der Arbeitslosigkeit bei.
- Die unnachgiebige Forderung nach maximalen Profitraten und positiven Kursentwicklungen, wie sie die großen Finanzgruppen (Großbanken, Versicherungen usw.) im Rahmen des »shareholder value«-Konzeptes gegenüber den Unternehmen erheben, an denen sie sich beteiligen bzw. denen sie Kapital zur Verfügung stellen, stellt einen permanenten Druck zur (Personal-)kostensenkung und Preiserhöhung dar.

Hauptgrund für den Zusammenfall von Wachstumsverlusten, Beschäftigungsabbau und Preissteigerungen ist nicht ein bestimmtes Lohnniveau, sondern dass unter Bedingungen eines hohen Technisierungs- und Automatisierungsgrades der Produktion, fortgeschrittener Produktivität, gesättigter Märkte und anhaltender Überschüsse auf den Güter- und Finanzmärkten an die Stelle der freien Konkurrenz das Monopol getreten ist.

Geldpolitik – Garant für Preisstabilität? Die »tiefere« Ursache der Inflation

Wie man trotz anhaltender und sich in jüngster Zeit sogar wieder beschleunigender Preissteigerungen behaupten kann, die Zentralbanken wären in ihrem »Kampf« gegen Geldentwertung und Kaufkraftverluste erfolgreich gewesen, bleibt rätselhaft.

Tabelle 2: Verbraucherpreisindex für Deutschland

200 = 100

Jahr	Gesamt	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	Alkoholische Getränke, Tabakwaren	Bekleidung und Schuhe	Wohnungsmiete, Gas und andere Brennstoffe
2006	110,1	107,5	133,7	97,2	112,7
2005	108,5	105,5	129,2	98,1	109,5
2000	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1995	95,9	99,0	92,9	98,1	92,7
1991	81,9	94,0	85,8	90,0	71,7

Quelle: Statistisches Bundesamt Deutschland; <http://www.destatis.de/jet-speed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistik>. (26.11.2007)

Nicht nur die Strom-, Mineralöl-, Kraftstoff- und Lebensmittelpreise steigen seit Jahren, und dies zum Teil exorbitant. Im Laufe von 15 Jahren (1991–2006) verlieren in Deutschland die abhängig Beschäftigten trotz eines Nettolohnzuwachses von knapp 50 Prozent über fünf Prozent ihrer Kaufkraft. Diese schleichende inflationäre Umverteilung ist letztlich immanente Konsequenz eines Systems, in welchem das Gewinnwachstum der Maßstab aller Dinge ist. Die »Geldpolitik« im Europäischen System der Zentralbanken hat diese Umverteilung über den Preisanstieg weder verhindern können noch entgegen üblicher Verlautbarungen unterbinden *wollen*. Allein die Vorstellung, die jüngsten Preissprünge auf den Gütermärkten (Öl, Kraftstoffe, Strom, Lebensmittel u. a.) in den Jahren 2006/2007 hätten auch nur im geringsten etwas mit den Zinsentscheidungen und Geldmengenprognosen der Zentralbank zu tun, was bedeuten müsste, dass diese Preis-

steigerungen bei einer »richtigen« Zins- und Geldmengenpolitik nicht möglich gewesen wären, ist abwegig.

Dass ein paar grau- und glatzköpfige Krawattenträger im feinen Zwirn und in pompösen Zentralbankgebäuden der Welt ganze Volkswirtschaften beherrschten und nach Belieben gesamtwirtschaftlich Wünschenswertes herbeisteuerten, indem sie hin und wieder Zinssätze und Kreditfazilitäten ändern, kann nicht überzeugen. Deshalb ist es überraschend und enttäuschend zugleich, dass selbst die »Memorandenökonomen«, die ansonsten durch einleuchtende Analysen und wohldurchdachte Politikempfehlungen auf sich aufmerksam machen, in unbegreiflicher Naivität der neoliberalen Fährte folgen.

Diese schier unglaubliche Realitätsverleugnung, wie John K. Galbraith diese Sicht auf die Dinge nannte,¹² verkennt, dass im Wechselspiel zwischen umlaufenden Geldmengen, produzierten Gütern und Preisen die Geldmengenentwicklung von der Produktions- und Preisänderungsdynamik abhängt. Realwirtschaftliche Prozesse dominieren monetäre und nicht umgekehrt.

Das soll nun gerade nicht heißen, dass Zentralbanken mit ihren geldpolitischen Entscheidungen keinen Einfluss auf das Geschehen auf den Finanzmärkten und damit, wenn auch höchst unsicher und mehrfach gebrochen durch die jeweils spezifischen Umstände, auf die jene Maßnahmen treffen, auf Güter- und Faktormärkte ausüben könnten. So berichtet Friedrich Engels, dass die Regierung die Bank von England zweimal, am 25. Oktober 1847 und am 12. November 1857, jeweils auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise, von der Beschränkung ihrer Banknotenausgabe befreite, »und dies reichte beidemale hin, die Krise zu brechen.«¹³ Nur: Zentralbanken befinden sich im Wirkungsfeld der von den Güter- und Finanzmärkten ausgehenden Kräfte, auf die sie letztlich immer nur reagieren. Was den Zentralbanken abgesprochen werden muss, ist nicht jeglicher Einfluss auf die Felder und die Geschehnisse, die für ihr Agieren verantwortlich sind, sondern die Fähigkeit zur souveränen, zielgerichteten und planvollen Steuerung dieser Prozesse.

Natürlich hat auch die Zinssenkung, mit der die US-Zentralbank im Sommer 2007 auf die Hypothekenkrise reagierte, zur Beruhigung

¹² John K. Galbraith: Die Ökonomie des unschuldigen Betrugs. München 2004. S. 89.

¹³ Karl Marx: Das Kapital. Dritter Band. In: MEW. Bd. 25. S. 571.

beigetragen und die Börsen vorübergehend gestärkt, doch auch dieses jüngste Beispiel zeigt nur, dass Zentralbankpolitik eben Reaktion und den Marktkräften langfristig unterlegen ist.

Ursachen für fortlaufende Preissteigerungen sind – sieht man von den spekulativen Preisblasen an den Rohstoffmärkten einmal ab – nicht eine verfehlte Kredit- und Zinspolitik der Zentralbank (was nicht heißt, dass es eine solche nicht geben würde), aber auch nicht in erster Linie die Aufwandsveränderungen bei der Güterherstellung. Durch den Produktivitätsanstieg nahezu in allen Branchen sind aufwandsbedingte Kostenerhöhungen die Ausnahme geworden.

Die Preise vieler Güter (nicht nur pharmazeutische Produkte, Kraftfahrzeuge u. a.) haben mit den Aufwendungen (Werteverzehr), die bei der Herstellung der Produkte anfallen, nur noch wenig zu tun. Dass die Preise mindestens die Kosten decken müssen, ändert daran nichts und gilt selbstverständlich nach wie vor. Kostenkalkulierte Preise, d. h. Preise, die proportional den Kosten folgen, aber sind eher selten. Mit Preisen soll vorrangig (vermutetes) Liquiditätspotenzial an Märkten abgeschöpft werden. Oligopolistische und monopolistische Strukturen, dominierend in nahezu allen Branchen, erleichtern dies. Marktmacht ermöglicht es, die Preise von den Kosten zu lösen, m. a. Worten unverhältnismäßig hohe Gewinnspannen zu kalkulieren. So belegt eine Studie, die von der Saarbrücker Hochschule für Technik und Wirtschaft im Auftrag der Grünen-Bundestagsfraktion erstellt wurde, dass die Stromrechnungen der deutschen Verbraucher zwischen 2000 und 2006 um 50 Prozent und für die Industrie sogar zwischen 58 und 77 Prozent gestiegen sind. Die geschätzten Gewinne der vier großen Energieversorger Vattenfall, E.on, RWE und EnBW stiegen zwischen 2002 und 2007 von 6 auf 18 Milliarden Euro, ein eindeutiger Beleg dafür, dass Preissteigerungen keine Kostenerhöhungen kompensieren, sondern höhere Gewinne und größere Renditen bringen sollten.¹⁴

Die plakative Forderung, durch mehr Wettbewerb monopolistische Preissteigerungen auszuschließen, mag naheliegend und für eine kurze Zeit vielleicht sogar erfolgreich sein. Letztlich aber ist ein solcher Vorschlag zynisch, zumindest anachronistisch. Eine Rückkehr zum vormonopolistischen Kapitalismus der freien Konkurrenz, der noch mit einem Preiswettbewerb verbunden gewesen war, ist unrealistisch.

14 »Neues Deutschland« vom 29./30. Dezember 2007. S. 1.

Mehr Wettbewerb zu fordern, mag im Einzelfall richtig sein, die generelle Lösung ist dies nicht. Die Zerschlagung konzentrierter Unternehmen, die Revitalisierung des Kleineigentums stieße auf unüberwindbaren Widerstand und gelänge eine vorübergehende Entflechtung doch, wäre über kurz oder lang der unbefriedigende Ausgangspunkt wieder erreicht. Die Tendenz zum Monopol wohnt dem System inne und kann durch administrative Gegenmaßnahmen, wie die Geschichte der Unternehmenskonzentrationen und Fusionen zeigt, allenfalls kurzfristig zurückgedrängt werden. Langfristig hat sie sich trotz eines Kartellamtes und eines Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (die gute Absicht ist dennoch lobenswert) bisher noch immer behaupten können. Das Ziel der Konkurrenz ist nun einmal die Aufhebung der Konkurrenz, d. h. das Monopol. Wo vier Stromkonzerne ihre Preise untereinander absprechen, können das auch acht Unternehmen. Vattenfall, E.on, RWE und EnBW kontrollieren über 80 Prozent des Stromnetzes und über 70 Prozent der Kraftwerkskapazitäten, darunter alle 17 am Netz befindlichen deutschen Kernkraftwerke. Insofern ist die Aufforderung an die Verbraucher, den Anbieter zu wechseln, um Preiserhöhungen zu entgehen, oft mangels alternativer, unabhängiger Anbieter nicht sehr wirklichkeitsnah oder sie ist allenfalls eine kurzfristige und temporäre Lösung. In den meisten Fällen jedoch gibt es den preiswerteren Anbieter gar nicht, auch »Außenseiter« orientieren sich an der monopolistischen »Preisvorgabe«. Dennoch, um beim Strommarkt zu bleiben, ein Wechsel von den großen monopolistischen Vier beispielsweise zu reinen Ökostromanbietern ist immerhin möglich, könnte sogar, wenn die Verbraucher ihn massenweise vollzögen, den Großen ihre Grenzen aufzeigen und zugleich – auch dies ein solidarischer Beitrag – dem Klimaschutz zugute kommen. Doch die Gewähr, dass sich die Verbraucher damit nicht schon bald einem neuen Monopolisten gegenüber sehen, bietet auch diese Ausweichstrategie nicht.

Weiß man überdies, wie Kosten in den Unternehmen festgestellt werden, erscheint die dominierende »Entschuldigung« für Preissteigerungen keineswegs mehr so einleuchtend wie noch auf den ersten Blick. Materialkosten beispielsweise beruhen immer weniger auf effektiv gezahlten Einstandspreisen für Vorprodukte, sondern oft auf Verrechnungspreisen, in die vermutete künftige Preissteigerungen (Wiederbeschaffungspreise) eingeschlossen werden. Die Preise stei-

gen dann nicht deshalb, weil die Herstellungsaufwendungen für die Güterproduktionen zugenommen hätten, sondern weil in die Kosten erwartete, noch gar nicht eingetretene Preissteigerungen hineingerechnet werden. Genauer müsste man sagen, in steigenden Preisen widerspiegeln sich weniger wachsende Aufwendungen, sondern zunehmende Gewinnansprüche, mitunter auch inflationäre Ängste. Dieser Zusammenhang ist nicht neu. Schon bei Adam Smith lesen wir: »In Wirklichkeit tendieren hohe Profite viel mehr als hohe Löhne dazu, den Preis des Produkts zu steigern ... Unsere Kaufleute und Fabrikherren beschwerten sich viel über die schlechten Auswirkungen hoher Löhne ... Über die schlechten Auswirkungen hoher Profite äußern sie sich nicht. Im Hinblick auf die verwerflichen Folgen ihrer eigenen Gewinne schweigen sie. Sie klagen nur über die anderer Leute.«¹⁵

Abschreibungen, die den Periodenverbrauch der Anlagegüter ausdrücken, werden noch kalkuliert, wenn der ursprüngliche Anschaffungswert längst über den Absatz der Produkte auf den Märkten wieder freigesetzt und »zurückverdient« worden ist.

Nur wenn die Preisentwicklung auf den Gütermärkten in erster Linie Wirkung von zins- und kreditpolitischen Maßnahmen der Zentralbank wäre, ließe sie sich mit Maßnahmen dieser Art auch stoppen. Das aber ist nachweisbar nicht der Fall. Mit Regelungen zur Geldemission und Kreditgewährung kann die Geld- und Wirtschaftspolitik zweifelsohne Einfluss auf das Ausmaß inflationärer Preissteigerungen nehmen. Ohne die entsprechende Aufblähung der Geldmenge und dem Druck der erforderlichen Banknoten hätte man am 3. Dezember 1923 für ein Frühstücksei, das 1912 nur 7 Pfennige kostete, nicht 320 Milliarden Reichsmark bezahlen müssen und können. Die Hyperinflation der zwanziger Jahre ist ohne die sie begleitenden Vorgänge auf dem Geldsektor undenkbar und dennoch handelt es sich dabei nicht um die Ursachen des Problems, sondern um die Ursachen für das Ausmaß des Problems.

Gäbe es den profitbedingten Preisauftrieb nicht, könnte eine Geldmengenexpansion keine offene Inflation verursachen.

¹⁵ Adam Smith, Eine Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Reichtums der Nationen. Erster Band. Übersetzt und eingeleitet von Peter Thal. Berlin 1976. S. 127f.

Alles in allem kann die Zentralbank mit ihren in den letzten Jahren praktizierten Versuchen, Geldpolitik zu betreiben, keine Preisstabilität garantieren. Sie garantiert stets nur den geldpolitischen Rahmen, den Produktions- und Preisentscheidungen der Unternehmen erfordern. Erst steigen die Preise und dann werden die benötigten Geldmengen abgerufen, von der ohnehin durch die Zentralbanken nicht beeinflussbaren Größe der Geldumlaufgeschwindigkeit (der durchschnittlichen Einsatzhäufigkeit einer Geldeinheit) ganz abgesehen.

Wem es um das Ziel der Preisstabilität ernst ist, kommt deshalb um rigorosere, direkte Eingriffe in den Preisbildungsmechanismus nicht herum. Durch strenge demokratische Preiskontrollen, Preisgenehmigungsverfahren und Höchstpreisregelungen sowie Sanktionen bei Preismissbrauch muss verhindert werden, dass Monopole und Oligopole Preise festsetzen, die in unangemessener Weise die Produktionskosten übersteigen.¹⁶ Versuche, mit Geldmengenregulierungen und Zinsänderungen allein den gewinndruckbedingten Preisauftrieb zu verhindern, sind untauglich, im Kontext mit demokratisch sanktionierten Eingriffen in die Preisbildungsprozesse aber können sie durchaus sinnvoll sein.

Methodologische und theoretische Schwächen geldpolitischer Konzepte

Zu hohe Erwartungen an die Wirksamkeit der Geldpolitik, egal ob von links oder aus anderer Richtung geäußert, beruhen auf einem brüchigen theoretischen Fundament. Defekte jenes Fundaments sind:

Erstens: Ahistorische Betrachtungen

Man wagt es kaum zu glauben und doch ist es so: Weder in geldtheoretischen Arbeiten noch in den vielfältigen Erörterungen geldpoliti-

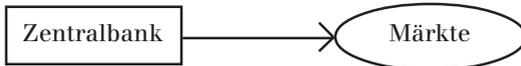
¹⁶ Das im November 2007 im Bundestag verabschiedete Gesetz, mit dem die Befugnisse der Kartellbehörde ausgeweitet werden, um Machtmissbrauch im Preisbildungsprozess zu unterbinden, zielt prinzipiell in die richtige Richtung, bedarf jedoch, um Nennenswertes zu bewirken, mehr Konsequenz und Durchschlagskraft.

scher Maßnahmen, weder in den Darstellungen der Geld- und Kapitalmärkte noch in den unterschiedlichen Geldwirkungs- und Transmissionslehren spielt die monopolistische bzw. oligopolistische Struktur der Volkswirtschaft eine Rolle. Noch immer wird so getan, als existiere der Kapitalismus in Form der freien Konkurrenz und es genüge, mit oberflächlichen (nicht falschen) Angebot-Nachfrage-Preis-Modellen das Wesen der Prozesse zu erfassen. Die herrschende Lehre hat die struktur- und ordnungspolitischen Umbrüche in der Entwicklung des Kapitalismus beharrlich nicht zur Kenntnis genommen. Dass die Angebot- Nachfrage-Anpassungen auf nahezu allen Märkten und mit ihnen die Preisbildungsprozesse aber längst durch Existenz und Verhalten von Monopolen und Oligopolen deformiert und die freie Preiskonkurrenz beseitigt worden sind, wird in einer nicht zu überbietenden ahistorischen Weise ignoriert. So wird das Monopol in der Marktformenlehre lediglich als Alleinanbieter oder Alleinnachfrager auf eine Marktausnahmesituation reduziert und damit zu einem wohl interessanten, aber vernachlässigbaren Sonderfall degradiert. Zum Eingeständnis, dass das Idealbild eines sich selbst regulierenden, alle Probleme in fairer und harmonischer Weise zur Zufriedenheit aller Beteiligten lösenden Markt-Preis-Mechanismus heute weniger denn je mit der Wirklichkeit übereinstimmt, ist man nicht bereit. Wird das Wesen des Monopols nicht in einer (seltenen) Marktform, sondern in der Negation der freien Konkurrenz gesehen, muss man zu dem Schluss kommen, dass auch Oligopole sich mehrheitlich latent und grundsätzlich wie Monopole verhalten. Das prinzipiell ahistorische Herangehen ist kein Spezifikum der Geldtheorie, sondern Merkmal der Wirtschaftstheorie schlechthin und zieht zwangsläufig weitere Unzulänglichkeiten bei der theoretischen Erfassung der Wirklichkeit nach sich.

Zweitens: Ordnungs- bzw. strukturtheoretische Inkonsistenz

Einerseits steht im neoliberalen Mainstream die private Preisautonomie außer Frage. Preise bildeten sich spontan, fair und in »richtiger« Höhe auf Wettbewerbsmärkten. Andererseits, und im Widerspruch dazu, wird behauptet, Preise bzw. das Preisniveau könnten das Ergebnis von Zentralbankinterventionen sein. Eine indikative Geldpolitik mag bestenfalls vorübergehend den Rahmen hergeben, innerhalb des-

sen sich die profitdeterminierte Preisbildung vollzieht. Der ordnungstheoretische, methodologische Ausgangspunkt ist anfechtbar: Die Zentralbank wird quasi außerhalb der Märkte platziert, als eine Institution, die sich selbst den Marktprozessen entzogen habe und von außen ihre außergewöhnliche, prädestinierte Fähigkeit nutze, die Vorgänge auf den Märkten nachhaltig zu steuern.



So sei es den Anbietern und Nachfragern zwar auf den Märkten möglich, die Preise völlig autonom festzulegen, die Geldpolitik der Zentralbank jedoch könne jederzeit verhindern, dass es dadurch zu einem Preisniveaustieg komme. Zu behaupten, massenhafte individuelle Preissteigerungen könnten bei Preisniveaustabilität erfolgen, ist ein Widerspruch in sich. Abgesehen davon, dass die Wirklichkeit diesem Bild deutlich entgegensteht, ist der ordnungspolitisch-logische Defekt evident. Die Zentralbank ist keine Anstalt, die unberührt von Marktprozessen über diese herrsche, die nach ihrem Gusto die Märkte zu dirigieren verstünde. Sie ist vielmehr selbst Element einer wirtschaftlichen Realität und Gesamtheit, deren Gesetzen und Zwängen sie sich nicht entziehen kann, an die sie sich im Gegenteil anpassen muss, auf die sie reagiert, und dies, das sei noch einmal betont, sicher nicht wirkungslos.



Die Zentralbank wirkt auf das, wovon ihr Tun letztlich bestimmt ist, zurück, doch ist sie keinesfalls in der Lage, auch nicht bei konsequenter monetärer Steuerung und engem monetärem Rahmen, Preisniveausteigerungen zu verhindern. In jüngster Zeit verstärkt sich der Eindruck, dass sie nicht einmal das Ausmaß dieser Veränderungen beeinflussen kann. Prinzipiell aber, unter der Voraussetzung nämlich, dass eine konsequente Geldmengen- und Zinspolitik auch gegen die Marktkräfte betrieben wird (also nicht in der bislang praktizierten Art und Weise), sollte sie zur Begrenzung privatwirtschaftlicher Preiserhöhungsspielräume dann in der Lage sein, wenn dies wiederum im abgestimmten Zusammenwirken mit anderen Politikbereichen und bei einer antimonopolistischen Grundorientierung der Wirtschaftspolitik generell versucht wird. Zur Zeit aber erzwingt das System vielmehr, dass von den Märkten ausgehende Preissteigerungen, die ihrem Wesen nach profitdeterminiert sind, durch die Zentralbank monetär alimentiert werden.

Soll Geldpolitik erfolgreich sein, bedarf es eines passenden ordnungspolitischen Rahmens und geeigneter Wirkungsbedingungen. So müsste, um die Effizienz der Geldpolitik zu erhöhen, der private Preisfindungsprozess, wie oben erwähnt, ordnungspolitisch gezügelt werden.

Drittens: Zins- und preistheoretische Intransitivität

Aus ordnungstheoretischen Widersprüchen ergeben sich inkonsistente Argumentationsketten im Detail. So sei der Zins einerseits Resultat des Marktes, seine Höhe und Veränderung widerspiegele die Relationen zwischen Geldangebots- und Geldnachfragemengen sowie deren Bewegung. Andererseits ließe sich der Zins weitgehend unabhängig von Angebots- und Nachfragegrößen an den Finanzmärkten steuern. Wie aber soll der Zins gelenkt werden können, so wäre in diesem Fall zu fragen, wenn er das Resultat des Verhältnisses von Geldangebots- und Geldnachfragemengen sein soll, die sich nach Auffassung keynesianisch orientierter Ökonomen gerade nicht beherrschen ließen, weil diese letztlich durch individuelle Entscheidungen im Banken- und Nichtbankenbereich zustande kommen?

Ebenso unbefriedigend ist die Umkehrargumentation der monetaristischen Theorie, derzufolge die Geldmenge, nicht aber der Zins zen-

tralbankpolitisch bestimmt werden könnten. Wer diese Auffassung vertritt, muss sich fragen lassen, wieso sich der Zins nicht führen lasse, wenn er von Geldmengenkonstellationen abhängt, die doch gerade durch die Zentralbank bestimmt bzw. beeinflusst werden könnten?

Weder die keynesianisch noch die neoklassisch/monetaristische Argumentation sind konsistent. Sie verstoßen beide gegen das Axiom der Transitivität. Was den Geldtheoretikern aus den kontroversen Lagern allenfalls bescheinigt werden kann, ist, dass sie trefflich die Mängel und Unzulänglichkeiten der jeweiligen Kontrahenten benennen.

Viertens: Unterentwickeltes Komplexitätsverständnis

Einsicht in die Notwendigkeit ganzheitlicher Betrachtungen ist der herrschenden Lehre weitgehend fremd, folglich die Befähigung zu umfassenden Analysen, die wesentliche Beziehungen und Sachverhalte im *Gesamtzusammenhang* erfassen, unterentwickelt. Dabei resultiert die Notwendigkeit ganzheitlicher Analysen aus der ganzheitlichen Daseinsweise der gesellschaftlichen Realität. Partialbetrachtungen, also Ausschnitte aus dieser, lassen – das liegt in der Natur der Sache – bestenfalls Teilerkenntnisse zu. Der Hang, sehr einfache und monokausale Erklärungen zu finden, führt selten zu brauchbaren Ergebnissen. Der Ganzheitsaspekt bedeutet, dass eine zu erklärende (abhängige) Größe in der Regel von einer Vielzahl von Einflussfaktoren mit unterschiedlichem Gewicht bestimmt wird, die selbst wiederum erklärungsbedürftig sind und sich oft untereinander wechselseitig beeinflussen sowie zu beachten, dass es fast immer Rückwirkungen der zu erklärenden ökonomischen Größe auf ihre Determinanten gibt.

So mögen beispielsweise niedrige Zinsen *ceteris paribus* beschäftigungsfreundlicher sein als höhere Zinsen. Doch die These, man müsse lediglich die Stellschraube Zins bedienen, um den gewünschten Beschäftigungsstand herbeizuführen, ist eine haarsträubende Vereinfachung komplexer ökonomischer Beziehungen. In der Regel wird der Einfluss des Zinses auf Produktion, Investition und Beschäftigung durch eine Vielzahl anderer Faktoren überlagert.¹⁷

¹⁷ Es kann nicht behauptet werden, dass Komplexität und Wechselbeziehungen grundsätzlich und »flächendeckend« ignoriert werden. Jarchow z. B. beschreibt

Angenommen, es gelänge durch eine Niedrigzinspolitik der Zentralbank im Bankensektor und auf den Märkten ein niedriges Zinsniveau herbeizuführen (was allein schon fraglich ist: weshalb sollen Monopolbanken bei entsprechender Kreditnachfrage niedrigere Refinanzierungszinsen an ihre Kunden weitergeben, wenn sie, unterlassen sie dies, ihre Gewinnspanne erhöhen?), ist es völlig offen, ob und wie das Wirtschaftswachstum darauf reagiert. Neben dem Zinsniveau gibt es weitere Einflussfaktoren, Bedingungen und Voraussetzungen für Wachstum. Der Zins ist nicht die einzige Wachstumsdeterminante und er ist auch nicht die wichtigste. Gesättigte Bevölkerungen, mangelnde Zahlungs- und Kaufkraft können die zumindest theoretische Zinswirkung im Keime ersticken. Weshalb sollen Haushalte nachfragen, was sie nicht brauchen, Unternehmen produzieren, was keiner will, nur weil der Zins gesenkt wurde oder niedrig ist? Japan hat mit seinen Nullzinskrediten in jüngster Zeit entsprechende Erfahrungen gesammelt. Umgekehrt begründen ungesättigte Märkte einen hohen Güterbedarf. Das ist selbst bei hohen und steigende Zinsen eine gute Voraussetzung für Produktion und Investition. Jüngstes Beispiel der deutschen Wirtschaftsgeschichte: Nach der Wende begannen Hausbesitzer im Osten Deutschlands trotz hoher Zinsen für Konsumenten- und v. a. für Wohnungsbaukredite massenweise mit der Restaurierung ihrer Gebäude und Gebäudeeinrichtungen, viele unbemittelte Bürger sogar mit dem Neubau von Wohnhäusern. Ein ineffizientes Wirtschaftssystem und eine fehlerhafte Wirtschaftspolitik – so waren der private Mittelstand durch eine selbstherrlich, in feudal-absolutistischer Manier regierende Politbürokratie defacto liquidiert und funk-

nicht nur, wie sich geldpolitische Maßnahmen auf den güterwirtschaftlichen Bereich auswirken. Er erkennt auch, dass »hieraus wiederum Rückwirkungen auf den Zinssatz resultieren.« (Hans-Joachim Jarchow: Theorie und Politik des Geldes II. Geldmarkt und geldpolitische Instrumente. Göttingen 1988. S. 180.) Die Einseitigkeit dieser prinzipiell richtigen Aussage besteht darin, die »Rückkopplungseffekte« auch nur als (Spät)wirkungen einer geldpolitischen Maßnahme zu begreifen und die endogenen Triebkräfte privaten Handelns im güterwirtschaftlichen Bereich zu unterschätzen. Auch Köhler unterscheidet zwischen einer unterstellten und einer tatsächlichen Kausalität und hebt die Existenz von Wechselbeziehungen hervor, anerkennt diese Wechselbeziehung aber nur für die Zentralbankgeldversorgung und nicht für die Zinspolitik. (Claus Köhler: Geldwirtschaft .Dritter Band. Wirtschaftspolitische Ziele und wirtschaftspolitische Strategie. Berlin 1983. S. 171f.)

tionierende Anreizsysteme für Verbesserungen nicht zugelassen worden - hatten mit einer immer mehr verfallenden und verrotteten Wohn- und Gebäudesubstanz einen gewaltigen Erneuerungs- und Sanierungsbedarf hinterlassen, dessen Befriedigung auch höchste Zinsen nicht zu bremsen vermochten.

Eine andere Frage ist, ob in »reifen« Volkswirtschaften das immer wieder geforderte Wachstum, was – interpretiert man die Forderung global – auf eine Vergrößerung der Überschüsse hinausliefe – überhaupt gebraucht wird.

Die sicher gut gemeinte Forderung, den Zins vor die Wachstumspolitik zu spannen, ist also aus mehreren Gründen fraglich: Erstens wird Wachstumsbedarf einfach unterstellt, zweitens die Komplexität des Problems unterschätzt und damit der Zins zwangsläufig überbewertet, drittens eine Zins-Wachstums-Kausalität angenommen, die so nicht existiert und viertens schließlich mit Blick auf die Arbeitslosigkeit eine positive Korrelation zwischen dem Wachstumstempo der Produktion und den Beschäftigungsmöglichkeiten angenommen, die es aufgrund der Produktivitätsdynamik (*intensive* Erweiterung des Produktionsapparates) nicht gibt.

Fünftens: Gescheiterte Kausalitätsidentifikation

Wer die komplexe Beschaffenheit des Untersuchungsgegenstandes nicht zu erkennen vermag, riskiert Einseitigkeit selbst dann, wenn er logisch argumentiert. Die in den tradierten Geldwirkungs- und Transmissionslehren gezeigten Kausalketten sind eindrucksvoll und decken Zwangsläufigkeiten auf, die aus den gegebenen Annahmen resultieren. Somit wird ausdrücklich anerkannt, dass Zentralbankpolitik so wie die Lehr- und Fachbücher es beschreiben, wirken *kann*, aber eben nicht in dieser Weise wirken *muss*. Die gravierenden Fehler der Modelle bestehen darin, dass sie erstens nur *eine* Kausalrichtung zulassen, quasi »Einbahnstraßendenken« favorisieren, zweitens ignorieren, dass ökonomische Kategorien wechselseitig miteinander verbunden sind und drittens – typisch für die neoklassisch- monetaristischen Geldwirkungsversionen - die Annahmen als alternativlos betrachten.

Die in den geldtheoretischen Wirkungsketten unterstellte hat mit der tatsächlichen Kausalität nichts gemein. Unterstellt (nicht bewiesen) wird, dass die Zentralbank mit ihren offenmarkt- und refinan-

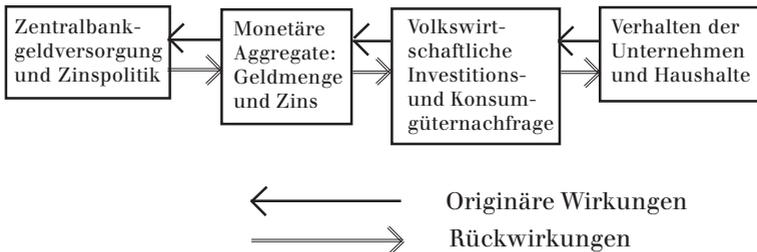
zierungspolitischen Instrumentarien die Geldmenge und den Zins bestimme und auf diese Weise Investoren, Sparer, Unternehmen und Haushalte auf den Investitions- und Konsumgütermärkten zu einem preisstabilitäts- und wachstumsgerechten Verhalten zwingt.

Unterstellte Kausalität



Es wurde an anderer Stelle gezeigt, dass innerhalb der Wechselbeziehungen zwischen Zentralbankgeldversorgung, Zinsen, Geldmengen und der volkswirtschaftlichen Investitions- und Konsumgüternachfrage auch entgegengesetzte Ursache-Wirkungsketten existieren, die i. d. R. sogar dominierend sind.¹⁸

Tatsächliche Kausalität



Nichtbanken entscheiden über ihre Investitions- und Konsumausgaben, bestimmen damit die volkswirtschaftliche Gesamtnachfrage und beeinflussen die monetären Größen. Die Zentralbank *reagiert* und wirkt auf die ihr Verhalten bestimmenden Prozesse zurück.

Eine Zentralbank kann den Geschäftsbanken zusätzlich Zentralbankgeld anbieten. Ob diese es a) annehmen und b) zu einer erhöhten

¹⁸ Vgl. Klaus Müller: Alternative Geldpolitik – Irrweg oder Chance? S. 101ff.

Kreditgewährung an ihre Kunden einsetzen, ist erstens ihre freie Entscheidung und hängt zweitens davon ab, ob die Nichtbanken gestiegenen Kreditbedarf anmelden oder nicht und wenn ja – das ist letztlich entscheidend - ob sie drittens die Geschäftsbanken mit ihren Ertragsprognosen und Unternehmenskonzepten zu überzeugen vermögen. Viele kleine und mittlere Unternehmen erhalten keine Kredite, weil sie für kreditunwürdig gehalten werden. Mehr Zentralbankgeld, mit denen das Liquiditätspotenzial der Geschäftsbanken aufgestockt werden soll, kann dieses Problem nicht lösen. Welche Effekte eine erleichterte und erhöhte Versorgung mit Zentralbankgeld bringt, ist letztlich realwirtschaftlich bedingt, wird insbesondere durch die Angebot-Nachfrage-Konstellationen auf den Gütermärkten bestimmt. Denn ein Unternehmen ist kreditwürdig, wenn seine Produkte nachgefragt werden und wenn es auf dieser Grundlage nachhaltig im Gewinnbereich zu produzieren vermag.

Auch die Zins-Preis-Hypothese ist, selbst wenn die Kausalrichtung plausibel erscheint (der Zins beeinflusse über die Geldmenge das Preisniveau) aufgrund der ihr immanenten Annahmen zweifelhaft. Die Behauptung, durch hohe Zinsen Preisstabilität wahren oder zurückgewinnen zu können, ist einseitig und verkennt entscheidende Determinanten der Preisbildungsprozesse. Richtig sind dabei zwei Aspekte: C. p. beeinflussen Zinsen die Geld- und Kreditnachfrage negativ; Geldmengen und Preise korrelieren positiv. Was dabei unterbelichtet bleibt: Zinsen sind auch Kosten und werden auf Preise übergewälzt. Auf Märkten, auf denen Monopole und Oligopole dank ihrer marktbeherrschenden Position den Preiswettbewerb ad absurdum geführt haben, ist dies nicht nur Usus, sondern auch kein Problem. Mittel- und langfristig gibt es keinen Zweifel, dass die Preise und die Preissteigerungen um so höher ausfallen, je höher die Zinsen sind.

Schätzungen zufolge beträgt der Zinsanteil an den Gesamtausgaben der Haushalte durchschnittlich 46 Prozent; die Zinsanteile in den Preisen sind unterschiedlich und schwanken zwischen 4 und 80 Prozent.¹⁹ Je kapitalintensiver eine Produktion und je höher die Kapitalbindungsdauer, um so höher ist der Anteil der Kapitalkosten, zu denen die Zinsen gehören. Das Zinssystem wirkt (wie übrigens auch die

¹⁹ Vgl. Helmut Creutz: Die 29 Irrtümer rund ums Geld. München 2004. S. 80f.; Bernd Senf: Der Nebel um das Geld. Kiel 2005. S. 96ff.

Mehrwertsteuer) schon deshalb unsozial, weil es die unteren Einkommensschichten relativ stärker als die Bezieher hoher Einkommen belastet.

Außerdem ist die Zins-Preis-Kausalität auch aus der Sicht der Geld- und Kreditnachfrage ergänzungsbedürftig. Der Zins beeinflusst nicht nur die Nachfrage nach Geld bzw. Krediten, er reagiert auch auf Änderungen dieser Nachfrage. Im konjunkturellen Aufschwung wird die hohe (steigende) Nachfrage auf den Gütermärkten bei gegebenem Angebot dazu führen, dass die Preise erhöht werden. Das wiederum erhöht den Geld- und Fremdkapitalbedarf. Ein Zinsanstieg folgt. In rezessiven und degressiven Phasen der wirtschaftlichen Entwicklung ist es umgekehrt: Die zurückgehende Nachfrage auf den Gütermärkten bewirkt bei gegebenem Angebot, dass die Preise fallen (oder die Preissteigerungsraten zurückgehen), woraufhin auch der Fremdkapitalbedarf abnimmt und die Zinsen sinken. Die spontanen, zyklisch bedingten Zinsschwankungen regelmäßig als das gewollte Produkt bewusster zentralbankpolitischer Entscheidungen hinzustellen und als Anlass zu sehen, die Weisheit der obersten Währungshüter zu rühmen, ist, weiß man um die Ursachen der Zinsänderungen, erheiternd. Auch ohne jegliches Zutun der Zentralbank vollzieht sich auf den Märkten, was als ihr Erfolg gepriesen wird.

Das Grundproblem: Eine geschlossene Theorie, die das komplexe, widersprüchliche und wechselseitige Zusammenwirken von monetären und realwirtschaftlichen Faktoren erklärt, existiert nicht, und ist wohl in absehbarer Zeit auch nicht zu erwarten.

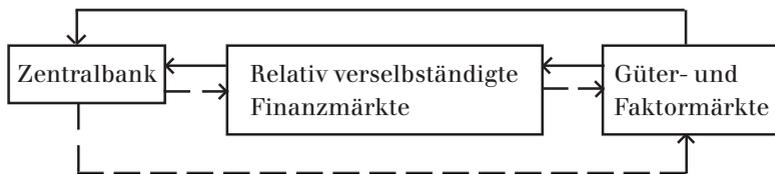
Namhafte Geldtheoretiker fühlen und betonen den unbefriedigenden Zustand der Geldtheorie, der nur den beklagenswerten Zustand der Wirtschaftstheorie insgesamt widerspiegelt. So anerkennen keynesianisch orientierte Ökonomen wie Duwendag, Ketterer, Kösters, Pohl und Simmert oder Köhler die Existenz einer »umgekehrten Kausalität«²⁰ und bemängeln, dass die »wechselseitige Beeinflussung von

20 »Anlaß für geldpolitische Maßnahmen sind [...] als eingriffs- bzw. änderungsbedürftig erkannte binnenwirtschaftliche Entwicklungen (Produktion, Beschäftigung, Preisentwicklung) und außenwirtschaftliche Einflüsse. So gesehen sind zentralbankpolitische Aktivitäten und dadurch bewirkte Änderungen monetärer Variablen stets *endogen* bestimmt.« (Dieter Duwendag / Karl-Heinz Ketterer / Wim Kösters / Rüdiger Pohl / Diethard B. Simmert: Geldtheorie und Geldpolitik. 3. Aufl. Köln 1985. S. 185.)

realen und monetären Größen [...] theoretisch noch nicht hinreichend geklärt (ist)«²¹. An diesem Zustand hat sich bis heute nichts geändert.

Komplexität und die neue Rolle der Finanzmärkte

Wer komplexe und ganzheitliche Analysen fordert und die theoretische Arbeit auf die Erforschung der Interdependenzen, der Wechselbeziehungen, orientiert, kommt an der neuen Rolle der Finanzmärkte nicht vorbei.²²



Auf diesen sich relativ verselbständigten Märkten laufen zunehmend unkontrollierte Prozesse ab, die nicht ohne Einfluss auf das Verhalten der Zentralbanken und auf die Güter- und Faktormärkte sind.

Umsätze im Devisen- und internationalen Wertpapierhandel, mit Aktien, Unternehmensanleihen, staatlichen Schuldtiteln und unzähligen Spezialkontrakten (Swaps, Futures, Optionen, Collars, Wertpapierindices, Caps, Dingos, Straddles, Zebras usw.) haben sich in den letzten Jahren vervielfacht, sind um ein Mehrfaches gestiegen als Produktion, Investition und Welthandel.

Das ökonomische System »Finanzmarkt« hat sich relativ verselbständig. Weitgehend losgelöst von den stofflichen Prozessen folgt es eigenen Gesetzen. Spekulationen, Unternehmensübernahmen und -weiterverkäufe durch Hedge-Fonds und Private-Equity-Fonds dominieren. Der Begriff Casino-Kapitalismus bringt dies auf den Punkt. Finanzinvestitionen drängen produktive Investitionen zurück und lö-

²¹ Ebenda, S. 504.

²² Vgl. hierzu Jörg Huffschmid: Politische Ökonomie der Finanzmärkte. Hamburg 2002; Joachim Bischoff: Finanzmarktkapitalismus und politische Alternativen. In: Legitimationskrise des Neoliberalismus – Chance für eine neue politische Ökonomie? S. 142ff.; Hans-Peter Martin / Harald Schumann: Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand. Hamburg 2006. S. 71–95.

sen sich immer mehr von ihrer stofflichen, realwirtschaftlichen Grundlage. Hauptursache für das Wachstum des überschüssigen, anlagesuchenden, spiel- und spekulationsfreudigen Geldkapitals ist die anhaltende Umverteilung von Einkommen und Vermögen von unten nach oben. Verbrauchsausgaben der unteren und mittleren Einkommensgruppen stagnieren bzw. werden eingeschränkt, die Sparquoten der oberen Schichten nehmen zu. Gewinne der Unternehmen werden mangels Endnachfrage gespart statt investiert. Die so entstandenen Liquiditätsüberschüsse vagabundieren mangels produktiver Anlagemöglichkeiten, die durch Sättigungstendenzen, Wachstumsverlangsamung und beschränkter zahlungsfähiger Güternachfrage mit den Finanzierungsmöglichkeiten nicht Schritt halten können, auf den weltweiten Finanzmärkten. Große Banken und spezifische Finanzgruppen gewinnen weiter an Macht und beeinflussen nachhaltig die Entwicklung im güterwirtschaftlichen Bereich. Die Liberalisierung der Kapitalmärkte hat nationale Währungen zu konkurrierenden Anlage- und Wertaufbewahrungsformen werden lassen. Der globale Wettlauf um die beste Finanzanlage, verbunden mit Währungs- und Wertpapierumschichtungen und Spekulationswellen, verändert die Konstellationen von Geldangebots- und Geldnachfragemengen und beeinflusst damit auch die Zinsentwicklung. Weitere Ursachen für den Bedeutungszuwachs der internationalen Finanzmärkte und die relative Lösung von ihrer stofflichen, güterwirtschaftlichen Grundlage sind:

- die Freigabe des Wechselkurses nach dem Zusammenbruch des Festkurssystems von Bretton Woods zu Beginn der 70er Jahre, was v.a. den Wechselkurssicherungsgeschäften Auftrieb gab,
- die Liberalisierung des internationalen Kapitalverkehrs ermöglicht es dem anlagesuchenden Kapital mühelos, durch hochmoderne Informations- und Kommunikationstechniken in Höchstgeschwindigkeit und fast ohne Kosten weltweit zwischen profitablen Anlagefeldern zu pendeln,
- Erwartungen von Preis- bzw. Kursänderungen können massive spekulative Umsätze auslösen, die bei entsprechender Größenordnung dazu führen können, dass die Erwartung sich selbst bestätigt, auch wenn die sogenannten fundamentalen ökonomischen Gegebenheiten dagegen sprechen.

Diese Vorgänge können, wenn sie mächtig genug sind, durch kredit- und zinspolitische Entscheidungen der Zentralbanken sicher beeinflusst, abgeschwächt oder verstärkt, nicht aber gänzlich unterbunden bzw. verhindert werden.

Mit dem Höhenflug hochliquider internationaler Finanzmärkte in den letzten 25 Jahren ist ein weiterer Grund genannt, weshalb der Anspruch der Zentralbanken, die ihrem Zuständigkeitsbereich umlaufende Geldmenge und das herrschende Zinsniveau kontrollieren zu können, zusätzlich fraglich geworden ist.

Elemente eines solidarischen Geldwesens

Alternative Ökonomen sollten den Dunstkreis des Mainstream verlassen. Sich am Streit darüber zu beteiligen, ob die Geldpolitik lieber für das Preis- oder das Beschäftigungsziel genutzt werden sollte, ist unerpißlich nicht nur deshalb, weil diese Politik im bisherigen Gewand weder für das eine noch für das andere Ziel taugt, sondern weil es nicht um ein Entweder/Oder, sondern um ein Sowohl/Als auch geht. Eine radikale, solidarische Alternative ist nicht möglich, solange die Diskussion sich allein auf den Konflikt wirtschaftspolitischer Globalziele beschränkt. Solidarischer Anspruch muss es sein, ein hohes Beschäftigungsniveau unter Wahrung der Preisstabilität zu erreichen. Wenn mit den bislang praktizierten Instrumenten der Geldpolitik (Offenmarkt-, Refinanzierungs- und Mindestreservpolitik) weder das eine noch das andere Ziel herbeigesteuert werden können, ist kaum anzunehmen, dass mit den genannten Maßnahmen beide Ziele zugleich erfüllt werden könnten. Deshalb ist es nicht nur erforderlich, neu über geldpolitische Konzepte nachzudenken, sondern vor allem auch darüber, wie das Wirkungsumfeld einer Geldpolitik aussehen muss. Soziale Effekte einer Geldpolitik sind um so eher möglich, je solidarischer der ordnungspolitische Rahmen gezogen wird. Die Chancen einer sozial und solidarisch ausgerichteten Geldpolitik auf der Grundlage und inmitten einer profitdominierten Ökonomie sind sehr bescheiden. Deshalb kommt es in erster Linie darauf an, den Vorrang privater Verwertungsziele zurückzudrängen.

Im einzelnen könnte das bedeuten:

- Demokratische Einflussnahme auf den Preisbildungsprozess: Preiskontrollen, Preisgenehmigungen, Preishöchstgrenzen, staatliche Preisstopps mit Sanktionen bei Verstößen.
Dem Vorwurf, marktkonträre Maßnahmen zu empfehlen, ist entgegenzuhalten, dass diese begründet sind, solange die Ergebnisse der Marktprozesse aus sozialen Gründen nicht hingenommen werden können. Außerdem ist eine soziale und solidarische Außerkraftsetzung wildwüchsiger Marktprozesse humaner, als die längst zugunsten mächtiger Monopole deformierten Märkte zu akzeptieren und so zu tun, als werde auf ihnen niemand benachteiligt, sondern entsprechend seinen Leistungen belohnt.
- Höchstgrenzen für den Zins vorsehen, Umverteilung über den Zins begrenzen und reglementieren. Die Reduzierung der Zinslast und der Abbau von Staatsschuld können gezielt zur Finanzierung sozialer Zwecke eingesetzt werden.
- Kreditpolitik: Bedürftigen (kleine und mittlere Unternehmen eingeschlossen) Krediterleichterungen zu moderaten Zinsen bzw. zu Nullzinsen einräumen.
- Herauslösung der großen Banken aus dem engen Profitzirkel: gezielte Verwendung von Bankgewinnen für soziale Leistungen bzw. Überführung gewinnmaximierender Geldhäuser in volkswirtschaftliche Funktionen wahrnehmende Non-Profit-Organisationen.
- Staatliche Gesetze verabschieden, die Entlassungen von Arbeitskräften bei positiver Gewinnlage unterbinden.
- Höchstgrenzen für Managergehälter einführen.
- Stärkere Besteuerung hoher Geldvermögen und Ergebnissen aus spekulativen Geldgeschäften; gezielte Verwendung dieser Steuereinnahmen für soziale Projekte.
- Konsequenter Aufsicht und Kontrolle übermäßig riskanter Finanzanlagen und Spekulationsfonds.
- Eine solidarische Neuorientierung der Wirtschaftspolitik, die auf eine Verteilungskorrektur des volkswirtschaftlichen Einkommens zugunsten der Löhne und kleinen Gehälter hinauslaufen muss, die die sozialen Sicherungssysteme erhält statt diese abzubauen und zu privatisieren und die die Dominanz der Finanzmärkte zurückdrängt.

Die Realisierung dieser wirtschaftspolitischen Forderungen wäre mit einer demokratischen Einschränkung der Macht der Monopole verbunden. Sehr aussichtsreich sind derartige Maßnahmen deshalb unter gegenwärtigen Bedingungen nicht. Eine solidarische Ökonomie und Wirtschaftspolitik können allenfalls Graduelles bewirken, werden aber dadurch keineswegs unwichtig oder gar überflüssig. Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik hat unlängst einen ersten Entwurf zur Demokratisierung der Wirtschaft vorgelegt, der auf die Ablösung einer profitorientierten durch eine gemeinwohlorientierte Gestaltung der Wirtschaft setzt.²³ Genau darum muss es gehen.

²³ Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Memorandum 2007. Köln 2007. S. 247–274.

HANS-GEORG DRAHEIM

Zwischen Dogmatismus und Anpassung – zur Ökonomie und Politik der neuen Linken

Die neue Linke ist nicht die bloße Nachfolgerin der SED-Staatspartei sowie der orthodoxen Linken West. Sie ist im Kern die Nachfolgerin der demokratischen Linken Ost sowie der SPD- und Gewerkschaftslinken West.

Im Osten gehörte hierzu innerhalb und außerhalb der SED die Linke mit einem demokratischen Verständnis von Politik und Ökonomie. Im Westen entstand schon seit den sechziger Jahren ein zersplittertes, gleichwohl stetig stärker gewordenes Lager von Linken, die mit der sozialdemokratischen Politik gebrochen hatten. Ebenso ist im Zusammenhang mit dem Prozess des gewerkschaftlichen Strukturwandels und der damit verbundenen Krise an einen linken Anschluss zu denken. In diesen Kontext gehören auch Aufstieg und Niedergang der »Grünen«.

Die historischen Wurzeln der neuen Linken reichen indes weit zurück in die Geschichte des Kampfes um Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit. Dazu gehört nicht zuletzt der Versuch des antifaschistisch-demokratischen Neuanfangs nach dem Zweiten Weltkrieg. Doch mit der Gründung der beiden deutschen Staaten im Jahre 1949 vollzog sich im Westen die kapitalistische Restauration und im Osten Deutschlands etablierte sich das Stalinistische Herrschaftssystem. Damit erlitt die demokratische Linke in Ost und West eine schwere Niederlage. Während die Linke im Westen gespalten blieb, unterlagen im Osten die Protagonisten und Anhänger eines demokratischen Neuanfangs in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft.

Zu den Pionieren des demokratischen Neubeginns im wirtschaftlichen Bereich gehörten im Osten vor allem die Ökonomen Fritz Behrens und Arne Benary. Ihre Vorstellungen liefen auf eine Ökonomie hinaus, die sowohl den Dogmatismus Stalinscher Prägung als auch die Vorherrschaft des Kapitals ausschloss und im wesentlichen auf vier Fundamenten beruht:

Erstens auf einem Wirtschaftsmechanismus, der nicht administrativ, sondern grundsätzlich nach marktwirtschaftlichen und demokratischen Regeln funktioniert.

Zweitens auf einer Eigentumsordnung, in der das Eigentum an Produktionsmitteln nicht dem Staat, sondern den unmittelbaren Produzenten bzw. Arbeitnehmern oder den von ihnen getragenen Körperschaften gehört.

Drittens auf einer Wirtschaftsregulation, die von den unmittelbaren Produzenten bzw. Arbeitnehmern sowie den von ihnen gewählten autonomen wirtschaftlichen Vertretungen und Körperschaften getragen wird.

Viertens auf einem demokratischen Staat, der die gesellschaftlichen, ökonomischen, politischen und sozialökologischen Rahmenbedingungen setzt.

Das bedeutet, dass linke Ökonomie und Politik nicht allein vom Staat, sondern vor allem von der gesellschaftlichen und ökonomischen Basis bzw. den gesellschaftlichen Organisationen und wirtschaftlichen Unternehmen getragen wird.

Die Durchsetzung dieser Vorstellungen wäre auf dem Wege von Reformen möglich gewesen, denn die herrschende Partei verfügte über die dazu erforderliche Macht. Doch die Geschichte nahm einen anderen Verlauf.

Zudem stand die westliche Linke selbst in einem schwierigen Kampf um die Durchsetzung ihrer demokratischen und sozialen Rechte, um Mitbestimmung und Sozialstaat. Doch der Sozialstaat der 60er und 70er Jahre gehört heute ebenso der Vergangenheit an wie der Staatsozialismus der DDR.

Bezugnehmend auf die unterschiedliche Geschichte der Linken in Ost und West einerseits sowie die Programmatik der neuen Linken andererseits soll im folgenden versucht werden, einige Ansätze und Vorstellungen linker Ökonomie und Politik thesenartig zu skizzieren und kritisch zu beleuchten.

1.

Die neue Linke hat die Erneuerung des Sozialstaates und die Ziele und Werte des demokratischen Sozialismus und damit Reform und

Transformation zur gemeinsamen Idee alternativer Politik zusammengeführt.

Damit ging die neue Linke zweifellos einen wichtigen Schritt voran, jedoch entstehen auch neue Gefahren. Die gravierende innere Schwäche besteht vor allem darin, dass sich die Linke über die Gründe des Scheiterns des Staatssozialismus sowie des Sozialstaates bisher nicht verständigt hat. Insofern hat sie noch keine klaren Zielvorstellungen, wie der Sozialismus des 21. aussehen könnte. Die gewachsene Vielfalt unterschiedlicher Auffassungen, Erfahrungen und Traditionen erweitern zwar das gesellschaftliche Spektrum sowie die integrative Kraft der neuen Linken, doch zugleich vergrößert sich das Risiko der inneren Spaltung.

Das verdeutlicht sich auch auf dem Felde der Ökonomie. Den derzeitigen wirtschaftspolitischen Vorstellungen, die sich vorrangig am Sozialstaat orientieren, mangelt es sicherlich nicht an Akzeptanz. Sie gehen aber nach Auffassungen bestimmter Gruppierungen über das Ziel eines ökonomisch und sozial gezähmten Kapitalismus kaum hinaus. Zudem zeigen Beispiele aus der Praxis des Mitregierens, dass die Gestaltung linker Politik oft in schwere Turbulenzen gerät, die allerdings zur demokratischen Normalität gehören und deshalb auch künftig nicht auszuschließen sind. Wenn auch die Mehrheit der neuen Linken ein transformatorisches Potenzial der am Sozialstaat orientierten Ökonomie nicht grundsätzlich ausschließt, sollte in der Debatte hierzu perspektivisch eine Klärung erreicht werden. Die Vorstellungen der frühen demokratischen Reformen wie Behrens und Benary sind in diesem Zusammenhang ebenso von Bedeutung wie bestimmte Ansätze bei Keynes. So konnte sich Keynes Anfang der 30er Jahre durchaus vorstellen, dass unter bestimmten Voraussetzungen und Regelungen eine allgemeine Arbeitszeit von 15 Wochenstunden mit wachsendem gesellschaftlichen Reichtum möglich sei. Das Problematische an der Sozialstaatsökonomie bleibt allerdings ihre Kopflastigkeit und ihre bedingte basisökonomische Durchschlagskraft.

Demgegenüber gingen die frühen Reformen davon aus, dass die entscheidenden technischen, ökonomischen und sozialen Weichenstellungen nicht auf der Ebene des Staates, sondern vor allem an der ökonomischen Basis, auf der Ebene der Unternehmen durchgeführt werden.

Eine grundlegende Reform der kapitalistischen Wirtschaft sollte so angelegt sein, dass über das Mittel der Bekämpfung der bestehenden Ungleichheit, z. B. in der Einkommensverteilung, eine langfristige Strukturpolitik zu verfolgen ist. Einerseits sollten die Reformvorschläge zur Überwindung gravierender Fehlentwicklungen an der aktuellen krisenhaften Situation anknüpfen, um entsprechende kurzfristige Maßnahmen zu deren Beseitigung einzuleiten, müssten aber zugleich den Weg in die Verwirklichung alternativer Entwicklungen eröffnen. Ein derart komplexes Programm der Demokratisierung sollte sich vor allem auf folgende Bereiche erstrecken: Rückkehr zur solidarischen Lohnpolitik, Besteuerung von Kapital- und Vermögenseinkommen, Demokratisierung der Unternehmensverfassung, Entwicklung eines neuen Typs von umfassender sozialer Sicherung, umfassende Steuerung und Kontrolle der Finanzmärkte und der internationalen Finanzinstitutionen, Rückkehr zur Globalsteuerung der Konjunktur.

Eine solche Umgestaltung muss sich auf drei Aspekte konzentrieren: Zum einen auf eine grundlegende Reform der betrieblichen Mitbestimmungs- und Eigentumsverfassung, auf erweiterte Spielräume unternehmerischer Entscheidungsfreiheit sowie entsprechende Rahmenseitigung durch die Tarifpartner und schließlich auf die Reorganisation der sozialen Sicherung auf der Grundlage einer stabilen Einkommens- und Finanzbasis.

Gesellschaft, Wirtschaft und Politik werden zwar grundsätzlich von den Zentralproblemen her bestimmt, jedoch definitiv entscheidet sich an der Basis, wohin die Reise letztlich geht.

2.

Mit Blick auf die Eigentums politik geht es programmatisch um die Dominanz sozialer Kriterien der Eigentumsverfügung sowie um die Erhaltung und Entwicklung des öffentlichen und solidarischen Eigentums. Zudem erfolgt allgemein die Bezugnahme auf die Sozialpflichtigkeit des Eigentums mit dem Hinweis auf das Grundgesetz.

Da der Rückgriff auf das Konzept einer umfassenden Verstaatlichung der Ökonomie keine Alternative darstellt, ergibt sich die Frage, auf welchem Weg der Reproduktionsprozess im gesamtgesellschaftlichen Interesse ökonomisch und sozial gesteuert und gestaltet werden

kann. Dabei ist festzuhalten, dass fiskalische Eingriffe sowie die Entwicklung eines Netzes sozialer Sicherheit für eine derartige Steuerung der Wirtschaft nicht ausreichend sind, um eine beschleunigte Akkumulation der Formen des Finanzkapitals zu unterbinden und insofern die Massenarbeitslosigkeit sowie ökonomische und soziale Fehlentwicklungen auszuschließen.

Andere Überlegungen stützen sich darauf, an bestehende Institutionen, z. B. in Form von Körperschaften, anzuknüpfen, um eine Steuerung der Investitionen zu erreichen. So gehen zahlreiche Ökonomen in Anlehnung an Keynes davon aus, dass Aktiengesellschaften sich zunehmend vom Charakter des Privatunternehmens entfernen und sich dem Status einer öffentlichen Körperschaft annähern. Die Partizipation der Aktionäre am Unternehmensgewinn würde damit zum sekundären Vorgang, während Stabilität und Ansehen des Unternehmens im Vordergrund stünden. Doch in der Praxis zeigt sich ein anderes Bild. Während sich die Unternehmen vorrangig am Gewinn orientieren, werden Arbeitsplätze abgebaut und die sozialen Sicherungssysteme unterminiert.

Zudem werden die Eigentumsrechte der Arbeitnehmer bei derartigen Vorstellungen kaum berührt. Auf diesem entscheidenden Feld der Ökonomie mangelt es der neuen Linken an einem klaren und weitreichenden Konzept, wie es von den frühen Reformern in bestimmten Aspekten bereits angedacht war. Da die Eigentumsform die Schlüsselfrage der ökonomischen Struktur sowie der Herrschaftsverhältnisse einer Gesellschaft ist, sahen sie weder im Privat- noch im Staatseigentum, sondern im Arbeitnehmer- bzw. Sozialeigentum die überlegene Form des Eigentums.

Auch im modernen Finanzmarktkapitalismus hat letztlich der Eigentümer oder der Besitzer von Produktionsmitteln das Recht zur Produktion und Verteilung des Produktionswertes: Der Privatunternehmer bei Privateigentum, der Staat bei Staatseigentum sowie die Belegschaft bei Arbeitnehmereigentum. Die Realwirtschaft bleibt dabei der Kern aller Ökonomie.

Linke Politik und Ökonomie muss sich daran messen lassen, in welchem Maße sie dazu beiträgt, durch eine grundlegende demokratische Reform der Betriebsverfassung die Eigentumsrechte der Arbeitnehmer zu stärken.

3.

Zudem sehen die programmatischen Vorstellungen der neuen Linken in der Mitbestimmung eine wichtige Bedingung dafür, dass die Wirtschaft demokratischen Prinzipien entspricht.

In diesem Zusammenhang wird unterstrichen, dass die Gewerkschaft eine unverzichtbare Gegenmacht zu den privatwirtschaftlichen Unternehmerinteressen darstellt. Schließlich wird die sozialstaatliche Regulierung als Voraussetzung einer auf das Gemeinwohl gerichteten Entwicklung gesehen.

Ausgehend von diesen Bekenntnissen sind die demokratischen Eigentums- und Mitbestimmungsrechte in der Praxis der eigentliche Kern des Sozialstaates, denn die Wirtschafts- und Sozialpolitik wird letztlich vom Eigentümer an Produktionsmitteln bestimmt.

Die neue Linke steht somit vor der komplizierten Aufgabe, gegen den neoliberalen Zeitgeist eine breite Aufklärung über Machtverhältnisse durchzuführen und die Mehrheit der Gesellschaft für umfassende demokratische und soziale Reformen zu gewinnen, wozu das Eigentumsrecht ebenso gehört wie ein modernes Mitbestimmungsrecht in den Unternehmen, da sie wichtige Voraussetzungen sind, um die Demokratisierung der Wirtschaft und Gesellschaft auf eine feste Grundlage zu stellen.

4.

Die Erneuerung des Sozialstaates ist, wie bereits erwähnt, der zentrale Gedanke der wirtschafts- und sozialpolitischen Programmatik der neuen Linken. Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung und soziale und ökonomische Stabilität sind wesentliche Elemente dieser Wirtschaftspolitik.

Doch es ist letztlich, wie wir wissen, nicht der Staat, der dafür die Grundlagen schafft. Es sind die Entscheidungen und Prozesse an der ökonomischen Basis, in den Unternehmen, die letztlich über Wachstum und Wohlstand bestimmen. Es sind die Entscheidungen über Investitionen, Arbeitsplätze und Produktion, über Lohn und Gewinn der Unternehmen, die für den Sozialstaat die Grundlage bilden.

Diese Sicht der Dinge unterscheidet sich wesentlich vom Theoriean-

satz bei Keynes. Doch beide Seiten sind zu verknüpfen. Insofern sind die Entscheidungsspielräume der Unternehmen nicht zu beschneiden, sondern zielgerichtet zu erweitern. Der Staat hat vor allem dafür den Rahmen zu setzen.

Fazit

1. Das Scheitern des Staatssozialismus sowie der Niedergang des Sozialstaates bedeuten für die Linke eine gravierende Niederlage und den Abschied von überlebten theoretischen und politischen Dogmen der Vergangenheit. Zu Letzteren zählte vor allem der verbreitete Glaube, die Arbeiterklasse könne den Kapitalismus zu Grabe tragen. Aber es hat sich herausgestellt, wie manche Ökonomen betonten, dass der Kapitalismus die Arbeiterklasse zu Grabe getragen hat. Doch aus dieser Niederlage ging die neue Linke und die moderne Arbeitnehmerschaft hervor.
2. Um aus dieser Krise wieder herauszukommen, hat sich die neue Linke die Erneuerung des Sozialstaates zum Ziel gesetzt, verbunden mit einer transformatorischen Perspektive, die über den Kapitalismus hinausweist.
3. Das setzt linke Ökonomie voraus, die im Ansatz nicht nur einen demokratischen Staat, sondern auch eine demokratisierte ökonomische Basis umfasst. Auf dieser Grundlage kann linke Politik nicht nur alternativ, sondern auch nachhaltig sein.
4. Linke Ökonomie ist demokratisch und sozial und schließt private Ökonomie nicht aus.

Literatur

Fritz Behrens / Arne Benary: Zur ökonomischen Theorie und Politik in der Übergangsperiode. In: Wirtschaftswissenschaft. 5. Sonderheft. Berlin 1957.

Fritz Behrens: Ware, Wert und Wertgesetz – Kritische und selbstkritische Betrachtungen zur Werttheorie im Sozialismus. Berlin 1961.

Fritz Behrens: Abschied von der sozialen Utopie. Berlin 1992.

Joachim Bischoff: Zukunft des Finanzmarkt-Kapitalismus. Hamburg 2006.

Joachim Bischoff / Hans-Georg Draheim: Sozialismus im 21. Jahrhundert. Zur politischen Ökonomie einer nicht-kapitalistischen Gesellschaft. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 1/2003.

Hans-Georg Draheim: Fritz Behrens und Arne Benary als kritische Vordenker einer sozialistischen Wirtschaftstheorie. In: Utopiekreativ. Nr. 144 / Oktober 2002.

John Maynard Keynes: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes. München / Leipzig 1936.

Gründungsdokumente der Partei DIE LINKE. Dortmund, 24./25. 3. 2007.

Autorenverzeichnis

Dr. Joachim Bischoff
Schmilinskystraße 15
20099 Hamburg

Dr. Hans-Georg Draheim
Volksgartenstr. 26/69
04347 Leipzig

Prof. Dr. Klaus Müller
Oberlungwitzer Straße 28
09385 Ursprung

Prof. Dr. Karl Georg Zinn
Gertrud-Bäumer-Straße 40
65189 Wiesbaden